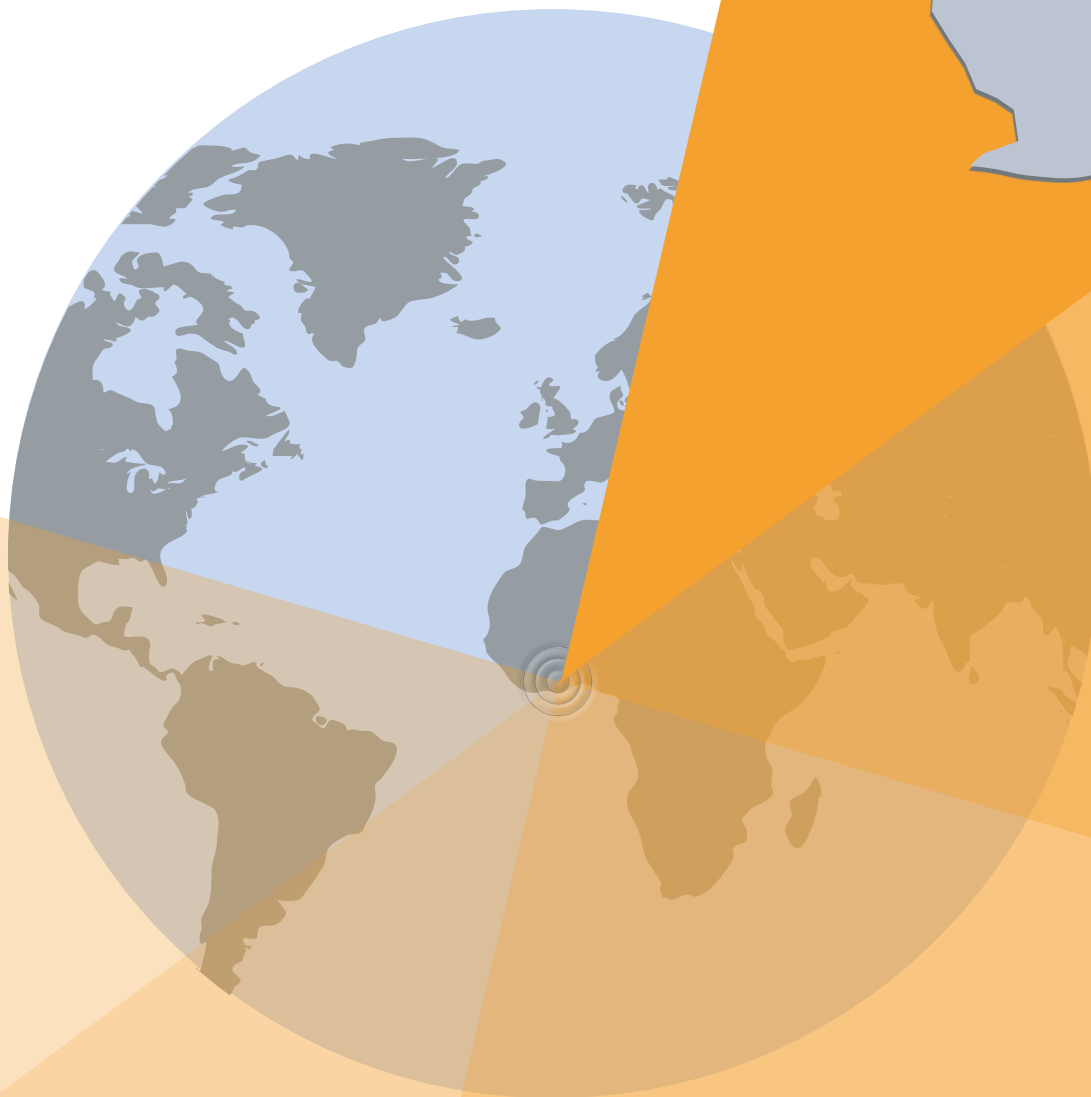


Ghana

Länderinformationen zu den Europäischen
Kriterien für Rüstungsexporte



INHALT

ZUSAMMENFASSUNG	2
------------------------	----------

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor	5
Deutsche Rüstungsexporte	5
Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland	7
Militärausgaben	8
Lokale Rüstungsindustrie	9
Streitkräftestruktur	10
Bewaffnung der Streitkräfte	12
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	15
Polizei und andere Sicherheitskräfte	16
Diversität in den Sicherheitskräften	17

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts	18
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	18
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	19
Innere Lage im Empfängerland	23
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	24
Bedrohung von Alliierten	26
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	27
Unerlaubte Wiederausfuhr	30
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	30

ZUSAMMENFASSUNG

Informationen zum Sicherheitssektor

Deutsche Rüstungsexporte nach Ghana bewegen sich seit 1999 auf niedrigem Niveau. Im Jahr 2011 stiegen sie deutlich an, was auf die Erteilung von Exportlizenzen für zwei von der Bundeswehr ausgemusterte Schnellboote zurückzuführen ist. Diese wurden der ghanaischen Marine Mitte 2012 übergeben.

Ghana verfügt über keine ausgeprägte eigene Rüstungsindustrie. Die von der Regierung und der Armee ins Leben gerufene Strategie Civil-Military Collaboration for Socio-Economic Development (CIMICSED) soll jedoch industrielle Projekte auf den Weg bringen und die sozio-ökonomische Entwicklung fördern. Auf lange Sicht scheinen die Streitkräfte bestrebt, enger mit der Wirtschaft zusammenzuarbeiten. So will beispielsweise die Defence Industries Holding Company Limited (DIHOC) Fahrzeuge bauen und modernisieren sowie eine eigene Schiffsbauindustrie auf den Weg bringen. Zudem sollen künftig eigene Betriebe Klein- und Leichtwaffen für die Streitkräfte herstellen. 2023 wurde mit einem ersten eigens hergestellten Landungsboot ein großer Schritt in der Marineteknik erzielt.

Die ghanaischen Streitkräfte sind gut ausgebildet und professionell. Sie nahmen und nehmen an mehreren Friedensmissionen sowohl auf dem afrikanischen Kontinent als auch in anderen Ländern der Welt teil und erlangten dadurch viel militärische Erfahrung.

Das Heer verfügt vereinzelt über moderne Waffensysteme und kann überwiegend auf Schützenpanzer und gepanzerte Fahrzeuge zurückgreifen. Die ghanaische Marine hingegen befindet sich in einem dürrtigen Zustand, unterliegt inzwischen aber einem ambitionierten Modernisierungsprogramm. Zunehmende Unterstützung erfährt die Marine auch durch die ghanaische Luftwaffe. So werden die Flugzeuge der Luftwaffe verstärkt zur Seeaufklärung und zur Überwachung der ghanaischen Ölvorkommen eingesetzt.

Die ghanaischen Streitkräfte beeinflussen seit der Unabhängigkeit des Landes 1957 Gesellschaft und Politik stark. Die Armee sieht sich vor allem als Garant für die Aufrechterhaltung der Verfassung und für den Schutz der Demokratie. Diese ist in Ghana noch sehr jung: Erst die Wahlen 2001, die eine neue Regierung an die Macht brachten, gelten als demokratischer Wechsel in der Geschichte des Landes. Seitdem hat Ghana eine beachtenswerte Transformation durchlaufen. Auch im Falle von Naturkatastrophen spielt das Militär eine wichtige Rolle, wodurch das Ansehen und die Verwurzelung der Streitkräfte in der Gesellschaft gefördert werden. Darüber hinaus übernehmen die Streitkräfte eine wichtige Funktion in der medizinischen Versorgung der Bevölkerung.

Die ghanaische Polizei ist die größte Strafverfolgungsbehörde und untersteht dem Innenministerium. Derzeit befinden sich etwa 28.000 bis 39.000 Menschen im Dienst der ghanaischen Polizei. Der Frauenanteil liegt bei etwa 28 %. Die Polizei wird streng von der Regierung kontrolliert, gilt jedoch als korrupt und ineffizient. Für die interne und externe Sicherheit sind in Ghana zudem verschiedene Geheimdiensteinheiten zuständig. Das Bureau of National Investigations (BNI) übt klassische Geheimdienstaufgaben wie Aufklärung, Informationsbeschaffung und -auswertung sowie Spionageabwehr aus.

Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Ghana ist den meisten Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen beigetreten. Unklar ist hingegen, warum das Land die Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983 nicht unterzeichnet bzw. ratifiziert hat. Ghana war jedoch einer der ersten Staaten, der den weltweiten Waffenhandelsvertrag (ATT) nach der Verabschiedung in der UN-Generalversammlung im April 2013 unterzeichnet hat.

Die Menschenrechtslage hat sich in Ghana in den letzten zehn Jahren deutlich verbessert, auch wenn es noch Defizite gibt. Große Sorge bereiten die zahlreichen Zwangsräumungen um die Hauptstadt Accra. Im Zuge einer groß angelegten Aktion wurden im Januar 2012 mehrere Tausend Menschen aus ihren Häusern vertrieben, ohne dass die Regierung ihnen finanzielle Kompensation angeboten oder alternative Wohnmöglichkeiten bereitgestellt hätte. Das Justizsystem des Landes arbeitet weiterhin sehr langsam und ineffizient, so dass Inhaftierte häufig mehrere Jahre auf ein Verfahren warten. Die Gefängnisse sind überfüllt und die Insass:innen werden unter äußerst unwürdigen Bedingungen festgehalten. Anfang 2023 forderten die Vereinten Nationen die ghanaische Regierung auf, auf die unmenschliche Behandlung von Menschen mit psychischen Erkrankungen und geistigen Behinderungen im Land zu reagieren. Zuvor hatten Menschenrechtsorganisationen berichtet, dass in zahlreichen „prayer camps“ und „healing centres“ dutzende Menschen mit (vermeintlichen) mentalen Erkrankungen oder Behinderungen, darunter Kinder, in Ketten oder kleinen Käfigen gefangen waren, ohne Zugang zu Sanitäreinrichtungen oder angemessener Nahrung.

Nach einer Vergangenheit, die von gewaltsamen Konflikten, Putschen und militärischen Interventionen gekennzeichnet war, befindet sich Ghana derzeit in der demokratischen Transformation. Trotz ungelöster Konflikte ist das Land derzeit stabil. Ein Faktor, der immer wieder zu Spannungen oder gewaltsamen Auseinandersetzungen führt, ist der Zugang zu bzw. die Kontrolle über Land. Die Privatisierung oder der Landerwerb durch traditionelle Führer:innen benachteiligt die besitzlose Bevölkerung und schneidet sie immer stärker vom Zugang zu fruchtbarem Land ab.

Die Lage in Côte d'Ivoire, dem Nachbarland Ghanas, ist nach Jahren interner Konflikte und gewaltsamer Auseinandersetzungen weiterhin instabil. Die gewaltsamen Auseinandersetzungen dauern bis heute an. Ghana befand sich einige Jahre in einem maritimen Territorialkonflikt mit Côte d'Ivoire. Dabei ging es um Ölvorkommen im See-Grenzgebiet, die beide Staaten gerne nutzen würden. Im Jahr 2017 sprach eine Sonderkammer des Internationalen Seegerichtshofs jedoch ein Urteil: Der von Ghana beanspruchte Grenzverlauf wurde hierbei akzeptiert und die Forderungen Côte d'Ivoires als unbegründet zurückgewiesen. Die Lage im Nachbarland Burkina Faso ist besorgniserregend: Dort gibt es immer wieder Angriffe und Entführungen durch islamistische Milizen. Mit den erneuten Militärputschen im Januar und im September 2022 hat sich die Lage dort weiter verschärft.

Seit 2008 gibt es ein Anti-Terrorismus-Gesetz in Ghana. Mitte 2013 wurde das Gesetz erweitert, um nationale Gerichte zu stärken. Im Mittelpunkt standen zunächst Geldwäsche und die Finanzierung von terroristischen Vereinigungen.

Im Frühjahr 2013 hat die Regierung ein eigenes Programm zur Stärkung des Kampfes gegen organisierte Kriminalität ins Leben gerufen (National Integrated Programme – NIP), das gleichzeitig auch auf eine Verbesserung des Justizsystems abzielt. Gestärkt werden sollen damit auch die Anstrengungen der ECOWAS zur Bekämpfung des regionalen Drogenhandels. Ungeachtet dessen mangelt es an institutionellen Kapazitäten, um den Kampf gegen organisierte Kriminalität effektiv zu führen. Als Folge gilt Ghana heute als einer der wichtigsten Ausgangspunkte für organisierte Kriminalität in Westafrika.

Ghana zählt mit einem Bruttonationaleinkommen pro Kopf von 2.310 US-Dollar zu den Ländern mit mittlerem Einkommen und weist im regionalen Vergleich ein moderates

Entwicklungsniveau auf. Gleichzeitig bleibt die Wirtschaft stark von wenigen Rohstoffexporten abhängig und ist nur gering diversifiziert, wodurch sie anfällig gegenüber externen Schocks und schwankenden Weltmarktpreisen bleibt. Trotz eines soliden Wirtschaftswachstums belasten insbesondere auch die hohe Inflation und die hohe Auslandsverschuldung weiterhin die wirtschaftliche Entwicklung. Es durchlief bereits die HIPC-Initiative der Weltbank. Auch im Bereich der sozialen Entwicklung bestehen trotz einzelner Fortschritte weiterhin erhebliche strukturelle Herausforderungen. Im Human Development Index wird Ghana mit einem Wert von 0,628 als Land mit „mittlerer menschlicher Entwicklung“ eingestuft. Zwar konnten insbesondere beim Bildungszugang jüngerer Generationen Verbesserungen erzielt werden, gleichzeitig bleiben Armut, Einkommensungleichheit und prekäre Beschäftigung weit verbreitet. Die Ergebnisse des SDG-Index zeigen insbesondere in den Bereichen Gesundheit, Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung weiterhin deutliche Defizite auf. Die aktuell sehr geringen Militärausgaben (0,5 % des BIP) liegen aber deutlich unter den vergleichsweise soliden Investitionen in Bildung (2,9 %) und Gesundheit (3,7 %; je Stand 2022). Damit weist Ghana nur eine sehr schwache Militarisierung im Sinne des GMI (Rang 142) auf.

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor

Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 2000-2024 (in Millionen Euro)

Jahr	Güter / in % des Gesamtwertes	Gesamtwert
2000	Kommunikationsgeräte und –teile: 68,3% Teile für Patrouillenboote: 31,7%	0,15
2002	Kommunikationsgeräte: 99,8%	1,02
2004	Geländewagen: 100%	1,57
2005	Sende- und Empfangsgeräte und Teile für Sende- und Empfangsgeräte: 100%	4,41
2006	Kommunikationsausrüstung und Teile: 100%	21,20
2007	Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung: 100%	7,29
2008	Geländewagen mit Sonderschutz: 100%	13,81
2011	Schnellboote und Teile für Schnellboote: 95,5%	31,81
2012	LKW: 89,4%	0,131
2013	LKW und Teile für LKW, Brücken: 97,3%	1,26
2014	Teile für LKW: 100%	0,047
2015	Teile für Transportflugzeuge: 100%	0,045
2016	Messschablonen für Brücken, Bugsierboote und Teile für Brücken: 66,1% Munition für Gewehre: 31,9%	0,643
2017	Teile für Transportflugzeuge: 100%	0,006
2018	Teil für Transportflugzeug: 100%	0,001
2019	Container: 94,7%	0,287
2020	Geländewagen mit Sonderschutz [Bank]: 99,9%	1,203
2021	Geländefahrzeuge mit ballistischem Schutz [Bank]: 99,0%	0,88
2022	Teile für gepanzerte Fahrzeuge: 100,0%	0,06
2023	Teile für gepanzerte Fahrzeuge: 99,8%	1,03
2024	Teile für gepanzerte Fahrzeuge: 100,0%	0,260

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 2000-2024, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz <http://www.bmwk.de>

Schaubild 1

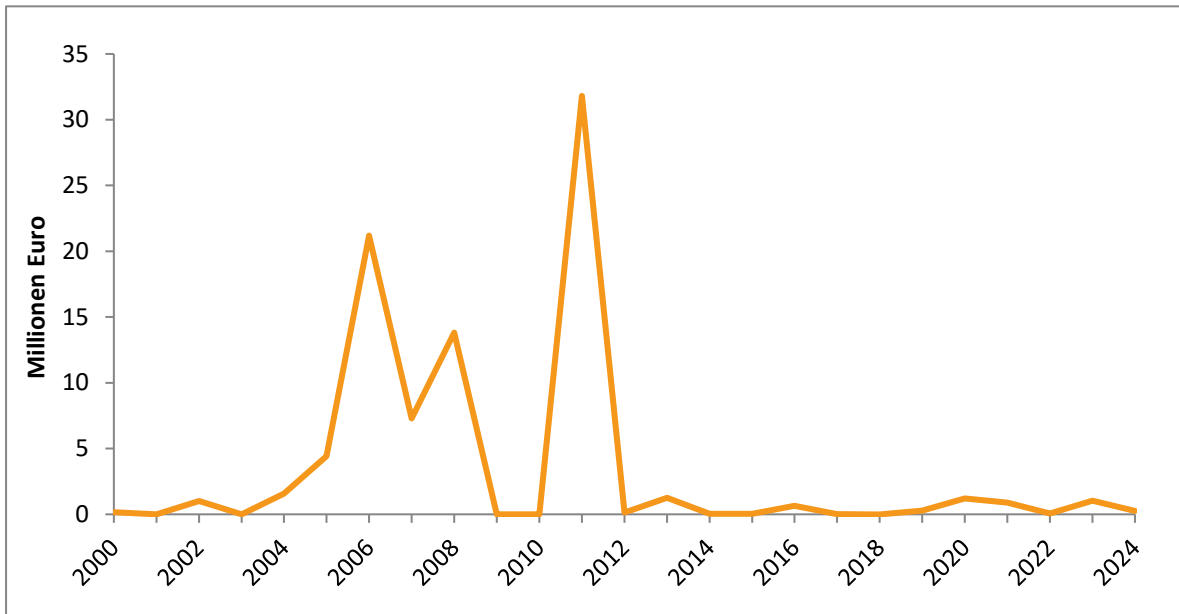
Deutsche Rüstungsexporte, 2000–2024

Tabelle 2

Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Ghana 2000-2024

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Status
2	Type-143	Patrouillenboot	2010	2012	2	Gebraucht, modernisiert

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php

Kommentar

Deutsche Rüstungsexporte nach Ghana bewegen sich seit 2000 auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau und beschränkten sich lange Jahre fast ausschließlich auf die Lieferung von Kommunikationsausrüstung. Im Jahr 2011 sind die deutschen Rüstungsexporte nach Ghana deutlich angestiegen, was auf die Erteilung von Exportlizenzen für zwei von der Bundeswehr ausgemusterte Schnellboote der Albatros-Klasse zurückzuführen ist. Mitte 2012 wurden diese Boote der ghanaischen Marine übergeben. Seitdem sind die deutschen Rüstungsexporte nach Ghana wieder auf das übliche Niveau gefallen.

Im Jahr 2015 kam es zu einer Schenkung von militärischem Equipment in Höhe von rund 1,5 Millionen Euro von Deutschland an Ghana. Darunter waren neun Trucks, zwei Schnellboote, Ausrüstung zur Instandhaltung von Fahrzeugen und einige Mercedes Benz mit Allrad-Antrieb. 2016 lieferte Deutschland u. a. Geschmuck, 2017 und 2018 Teile für Transportflugzeuge, 2020 Geländewagen mit Sonderschutz im Wert von 1,2 Millionen Euro sowie im

Jahr 2021 Geländefahrzeuge mit ballistischem Schutz im Wert von rund 884.000 Euro und 2022 sowie 2023 erneut Teile für gepanzerte Fahrzeuge im Wert von 60.270 Euro.

Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

Tabelle 3

Höhe der Exporte von Großwaffensystemen nach Ghana 2020-2024, Mio. TIV¹

Jahr	2020	2021	2022	2023	2024	2020-2024
Summe	10	-	40	8	11	70

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Tabelle 4

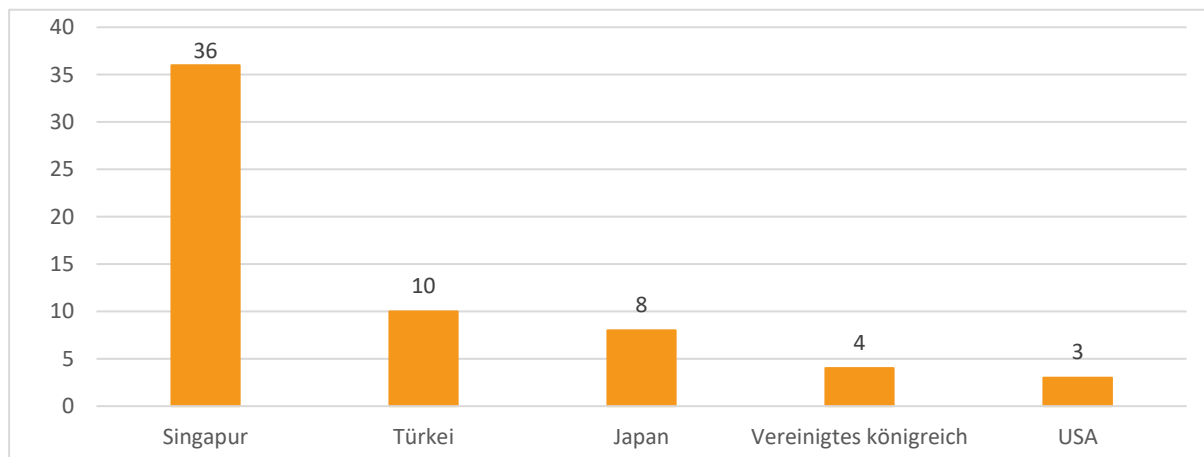
Deutsche Exporte von Großwaffensystemen nach Ghana 2020-2024, Mio. TIV

Da Deutschland keine kompletten Großwaffensysteme nach Ghana liefert, gibt es keine Angaben zu deutschen Lieferungen in der Arms Transfer Datenbank von SIPRI.

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Schaubild 2

Wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen 2020-2024, Mio. TIV



Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

¹ SIPRI gibt die Werte als sogenannten Trend Indicator Value (TIV) an. Der TIV basiert auf den bekannten Produktionskosten für bestimmte Waffensysteme und bildet den militärischen Wert in einer eigenen hypothetischen Einheit ab. So werden etwa Wertverluste bei älteren und gebrauchten Geräten berücksichtigt. Der TIV bildet damit eher den militärischen als den finanziellen Wert ab. Weiterführend, siehe SIPRI, Arms Transfers Database, abrufbar unter: <https://www.sipri.org/databases/armstransfers/background#TIV-tables>

Kommentar zu den Waffenkäufen

Laut SIPRI-Datenbank (Stand: April 2025) nahm Ghana im Zeitraum zwischen 2020 und 2024 die 99. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein. Im genannten Zeitraum stellen Singapur (52 %), die Türkei (14 %), Japan (11%), das Vereinigte Königreich (6,4 %) und die USA (4,8 %) die wichtigsten Lieferanten von Großwaffensystemen dar.

In Singapur wurden 2020 vier neuwertige Flex Fighter (Patrouillen- und Transportflugzeuge) geordert, welche 2022 ausgeliefert wurden. Die Türkei lieferte zwischen 2018 und 2020 insgesamt 57 gepanzerte Mannschaftstransporter vom Typ Cobra-1 und Cobra-2. Das Vereinigte Königreich lieferte 2022 70 ausgemusterte gepanzerte MXT-MV Mannschaftstransporter, vermutlich in Form einer Schenkung, an Ghana. Die USA lieferten 2023 zwei gebrauchte SP-2600 Patrouillenboote. 2024 lieferte zudem auch Japan ein gebrauchtes Patrouillenschiff (Aratsu) und belegte damit den dritten Platz unter den wichtigsten Lieferanten für Ghana im Zeitraum 2020 – 2024.

Im Zeitraum von 2016 bis 2020 waren Spanien und China die beiden wichtigsten Rüstungsexporteure für Ghana. China lieferte 2015 vier Panther Helikopter (Z-9 EH), welche Berichten zufolge für die Sicherung der Offshore-Anlagen zur Förderung von Öl und Gas vorgesehen sind. Darüber hinaus exportierte es in den Vorjahren 86 gepanzerte Mannschaftstransporter vom Typ WZ-523 nach Ghana sowie im Jahr 2016 100 tragbare Boden-Luft-Raketen (FN-6). 2023 bestellte und erhielt Ghana vier Type-81 122mm Mehrfachraketenwerfer aus China. Im Rahmen eines 200 Mio. US-Dollar umfassenden Modernisierungsprogramms der ghanaischen Luftwaffe in den Jahren 2011 und 2012 kaufte das Land zwei C-295 Transportflugzeuge aus Spanien. Ein weiteres Transportflugzeug wurde 2015 bestellt, die Auslieferung erfolgte 2016.

Aus Russland beschaffte Ghana zudem im Jahr 2013 für bis zu 88 Mio. US-Dollar sechs Hubschrauber (Mi-8MT/Mi-17). Weitere zwei Mi-8MT-Hubschrauber waren Ende 2015 im Gespräch, bisher wurde jedoch kein Vertrag abgeschlossen. Seit 2011 erhielt Ghana zudem gepanzerte Personentransporter aus Kanada (50 Typhoon im Jahr 2014), entsprechende VT-400 Dieselmotoren wurden aus den USA geliefert), aus Südafrika (20 Maverick zwischen 2013 und 2015) und aus Frankreich (zwei Sherpa); es orderte im Jahr 2021 zudem elf VBTP Guarani in Brasilien.

Militärausgaben

Tabelle 5

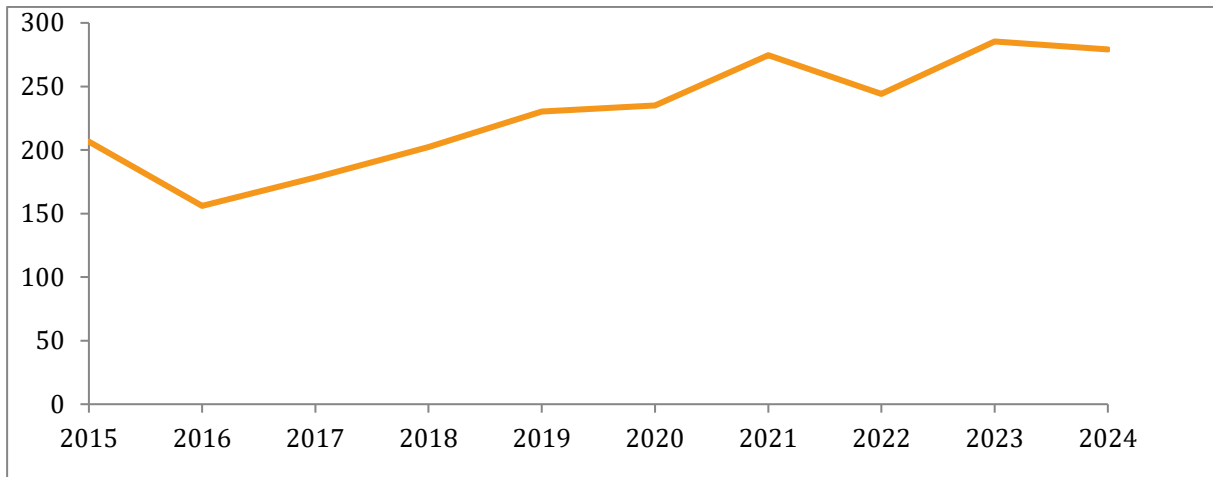
Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP (Mio. USD)

	2020	2021	2022	2023	2024
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	235	275	244	285	279
Anteil am BIP (in %)	0,4	0,4	0,3	0,4	0,4
Anteil an Staatsausgaben (in %)	1,1	1,4	1,2	2,0	1,8

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

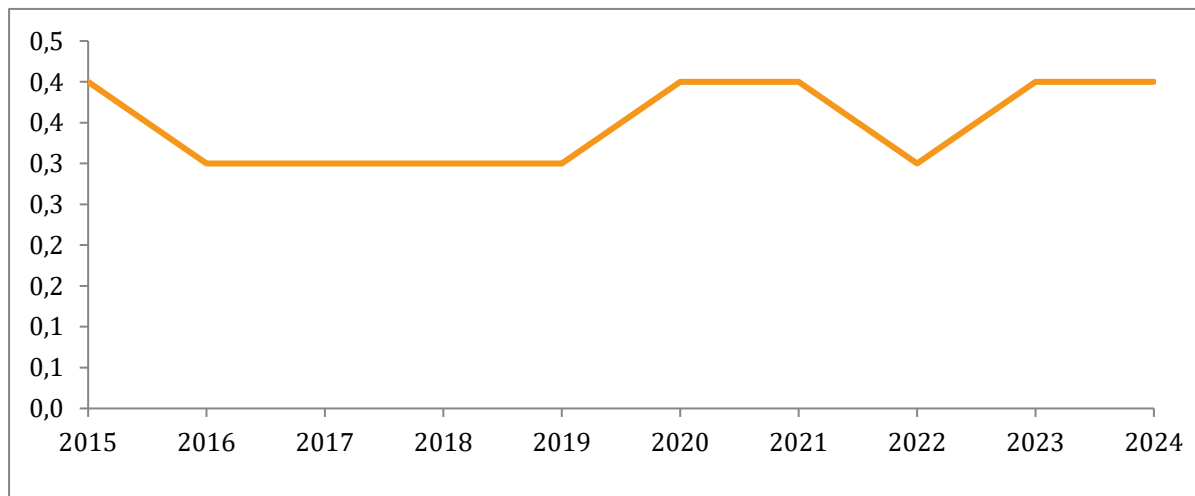
Schaubild 3

Absolute Militärausgaben, Trend 2015 – 2024 in Mio. USD

Angaben in konstanten Preisen USD mit dem Basisjahr 2023.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 4

Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2015 – 2024 (in %)

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Lokale Rüstungsindustrie

Ghana verfügt über keine große eigene Rüstungsindustrie, auch wenn im ganzen Land Klein- und Leichtwaffen hergestellt werden. Diese qualitativ durchaus hochwertigen Waffen werden jedoch nicht für die Streitkräfte genutzt, sondern landen meist auf dem Schwarzmarkt. So verfügen lokale Waffenschmieden etwa über das Know-how, AK-47 Gewehre zu kopieren. Mit der Gründung der Defence Industries Holding Company Limited (DIHOC), die von den ghanaischen Streitkräften geführt wird, legte die Regierung im Sommer 2011 jedoch den Grundstein für den Erwerb von Unternehmen, die dann primär für die Streitkräfte

produzieren sollen. DIHOC, an deren Spitze ein hochrangiger Offizier steht, wird von einer durch das Verteidigungsministerium und das Oberkommando der Streitkräfte neu geschaffenen Abteilung innerhalb der Armee koordiniert. Hinter all dem steht die von der Regierung und der Armee ins Leben gerufene Strategie „Civil-Military Collaboration for Socio-Economic Development“ (CIMICSED), die industrielle Projekte anstoßen und die sozio-ökonomische Entwicklung fördern soll. Dazu soll nach eigenen Aussagen auch die direkte Beteiligung des Militärs an Unternehmen beitragen. Die militärische Führung verweist in diesem Zusammenhang auf vergleichbare Projekte und Strategien in anderen Ländern wie etwa Nigeria und Ägypten und geht davon aus, dass Kernaufgaben der Armee wie die Landesverteidigung unter den wirtschaftlichen Aktivitäten der Streitkräfte nicht leiden werden. Den Einstieg machten die Streitkräfte durch die Übernahme der maroden und insolventen Kusami Schuhfabrik, die fortan die Armee ausstatten sollte. Hinter all dem steht die Annahme, dass durch die von der Armee geförderte Forschung und Entwicklung die Industrie insgesamt profitiert. Das notwenige Know-how sollen die ghanaischen Streitkräfte bei diesem Projekt durch die Kooperation mit einem tschechischen Technologieunternehmen (Knights Transfer of Technologies) erhalten, das etwa 50 Mio. US-Dollar investiert hat. Ghana will zum Aufbau einer rüstungsindustriellen Basis auch enger mit der Türkei zusammenarbeiten.

Auf lange Sicht scheinen die Streitkräfte bestrebt, in eine breite Palette von Wirtschaftssektoren einzusteigen. Neben Komponentenherstellung für Computer, will die DIHOC auch Fahrzeuge bauen und modernisieren sowie eine eigene Schiffsbauindustrie auf den Weg bringen. 2023 wurde bspw. ein erstes eigens hergestelltes Landungsboot in den Dienst der ghanaischen Streitkräfte gestellt. Das Schiff kann 30 Personen sowie eine Tonne Fracht transportieren und wurde in Zusammenarbeit mit US-amerikanischen Unternehmen gefertigt. 2023 wurde außerdem mit einem Geldtransporter ein erstes gepanzertes Fahrzeug vorgestellt. Schließlich sollen eigene Betriebe auch Klein- und Leichtwaffen sowie entsprechende Munition zur Versorgung der Streitkräfte herstellen.

Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: Nein

Box 1

Gesamtstärke der Streitkräfte

19.000 aktive Streitkräfte, davon:

Heer: 15.000

Marine: 2.000

Luftwaffe: 2.000

Quelle: IISS Military Balance 2025

Tabelle 6
Stärke der Streitkräfte, Trend 2016–2024

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Aktive in 1.000 (IISS)	15,5	15,5	15,5	15,5	15,5	15,5	15,5	19	19
Soldaten:innen auf 1.000 Einwohner:innen (bicc Berechnungen)	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,6	0,6

Quellen: *IISS Military Balance, 2017-2025, World Bank*

Kommentar

Die ghanischen Streitkräfte sind gut ausgebildet und professionell, insbesondere im regionalen Vergleich. Sie sind erfahren und verfügen über vergleichsweise modernes Equipment. Allerdings sind ihre Fähigkeiten zur Machtprojektion jenseits der Grenzen begrenzt. Seit 1957 standen die Streitkräfte in keiner direkten zwischenstaatlichen Konfrontation, nahmen jedoch an mehreren Friedensmissionen auf dem afrikanischen Kontinent als auch in anderen Ländern der Welt teil (Liberia, Balkan, Afghanistan). Dadurch erlangten sie militärische Erfahrung. Auch heute stehen Soldat:innen der ghanaischen Armee für Friedensmissionen zur Verfügung. Die von der Regierung geplante Modernisierung der Streitkräfte, die auch eine umfassende Beschaffung neuer Waffensysteme vorsieht, wirkt sich auf die Struktur und die Ausbildung der Armee aus. Die Landstreitkräfte wurden 2023 um 3.500 Soldat:innen erweitert – eine offizielle Begründung für die Erhöhung der Streitkräfte wurde jedoch nicht vorgelegt. Zudem wurden seit 2023 ein Ausbildungszentrum für Signal-Aufklärung sowie ein „war college“ gegründet, eine entsprechende Universität („National Defence University“) ist derzeit in Planung.

Die EU, Deutschland, die USA und Großbritannien unterstützen die ghanaischen Streitkräfte hinsichtlich Trainings und Ausrüstung. So lieferte die europäische Friedensfazilität 2023 bspw. 105 gepanzerte Fahrzeuge sowie weitere Militärtechnik im Wert von 25 Mio. Euro (nachrichtendienstliche und medizinische Technik und Technik zur elektronischen Kampfführung).

Von den etwa 19.000 Streitkräften befinden sich 15.000 im Heer, 2.000 in der Marine und 2.000 bei der Luftwaffe. Das Heer gliedert sich in drei Kommandos mit jeweils drei Bataillonen einschließlich Kampf-Unterstützungseinheiten (wie Signal-, Panzer-, Pionier- und Artillerieeinheiten) sowie einer weiteren Unterstützungsbrigade und einem weiteren Ausbildungskommando. Die Marine, deren Hauptquartier sich in Accra befindet, ist in die Kommandos West (in Sekondi) und Ost (in Tema) unterteilt; die Luftwaffe verteilt sich auf drei Luftwaffenstützpunkte.

Bewaffnung der Streitkräfte

Tabelle 7

Heer

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schützenpanzer	48	
Aufklärer	3	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	125	
Artillerie	Mehr als 87	
Panzerabwehr	Einige	Carl Gustav
Luftabwehr	Mehr als 8	Zahl der Geschütze; zusätzlich Flugabwehrrakete 9K32 Strela-2

Quelle: *IISS Military Balance 2025*

Kommentar

Das Heer verfügt vereinzelt über moderne Waffensysteme und ist standardmäßig mit dem US-amerikanischen Sturmgewehr M16 ausgestattet. Es kann überwiegend auf Schützenpanzer und gepanzerte Fahrzeuge zurückgreifen. Dem ghanaischen Heer stehen keine schweren Kampfpanzer, dafür aber 48 Schützenpanzer aus überwiegend südafrikanischer Produktion zur Verfügung. Dabei handelt es sich um die Typen Ratel 20 (15 Stück), Ratel 90 (24 Stück) und Piranha (4 Stück), die in den Jahren 2003/04 an Ghana geliefert wurden. Zudem befindet sich eine unbestimmte Anzahl (mindestens 5) Schützenpanzer des chinesischen Typs WZ-523/Type-05 in Besitz des Heeres. Diese wurden 2013 geliefert. Darüber hinaus befinden sich über 100 gepanzerte Mannschaftstransporter unterschiedlicher Typen und Herkunft im Arsenal des ghanaischen Heeres. Das Rückgrat dieser Flotte bildet der Typ Piranha (46 Stück) des schweizer Herstellers MOWAG (importiert 1979/80 und 1999, und der Typ Typhoon GSS-300 (50 Stück) des kanadischen Herstellers Streit, welche im Jahr 2014 geliefert wurden. Zudem sind einige chinesische Modell des Typs 05P und türkische Modelle des Typs Cobra in Gebrauch. Von letzteren sind vermutlich derzeit 30 Modelle des Typs Cobra I und II im Einsatz, die 2018 und 2019 ausgeliefert wurden. 2021 erwarb Ghana durch ein Regierungsabkommen mit Israel 11 Guarani-APCs vom israelischen Rüstungskonzern Elbit Systems. Die Genehmigung des ghanaischen Parlaments über 86,1 Millionen US-Dollar stellte die Weichen für den Erwerb von weiteren 19 gepanzerten Fahrzeugen der Firma Elbit Systems.

Weitere Mittel zur Instandhaltung und für Ersatzteile werden aus dem US-amerikanischen Foreign Military Financing (FMF) Programm bereitgestellt. In Zukunft ist mit weiteren Beschaffungen für das Heer zu rechnen, da das Verteidigungsministerium gegenüber dem Parlament bereits die geplanten Anschaffungen skizziert hat. Darunter befinden sich Mannschaftstransporter, Schützenpanzer sowie Klein- und Leichtwaffen. Der Hauptfokus der Modernisierung liegt derzeit aber im maritimen und Luft-Bereich.

Tabelle 8
Marine

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Patrouillenboote	16	
Amphibienfahrzeuge	1	Navdock

Quelle: IISS Military Balance 2025

Kommentar

Die ghanaische Marine befand sich lange Zeit in einem äußerst dürftigen Zustand, unterliegt inzwischen aber einem ambitionierten Modernisierungsprogramm. Die Modernisierung setzte im Jahr 2002 mit Unterstützung der USA ein, seither besitzt die Marine unter anderem sieben Schiffe der Defender-Klasse der US-amerikanischen Küstenwache, die hauptsächlich zu Strafverfolgungszwecken oder Rettungsmissionen gebraucht werden, sowie einige südkoreanische, singapurische und chinesische Boote. 2012 nahm die Marine zwei ausgemusterte deutsche Schnellboote in Empfang, die fortan in den Küstengewässern zur Bekämpfung der zunehmenden Piraterie und zum Schutz der Ölfunde eingesetzt werden. Die Boote waren bereits 34 Jahre im Einsatz der deutschen Marine. Bei einer geplanten Lebensdauer von 45 Jahren bleibt allerdings fraglich, wie lange diese Boote seetauglich bleiben. Seit September 2023 verfügt die Marine über ein von ghanaischen Ingenieuren entwickeltes Landungsboot (NAVDOC).

Zu den dringlichsten Herausforderungen, die es für die ghanaische Marine zu bewältigen gilt, gehören die Bekämpfung der Piraterie, der Schutz der Offshore Energieindustrie und der Ausschließlichen Wirtschaftszone (EEZ), beispielsweise vor illegaler Fischerei. Die anhaltende Piraterie ist ein großes Problem in der Region. Regelmäßig nimmt die ghanaische Marine Pirat:innen vor der Küste fest. Anfang 2015 befreite die Marine zudem beispielsweise einen Öltanker aus Händen von nigerianischen Pirat:innen. Im April 2014 wurde bekannt, dass Ghana fortan einer „Smart Strategy“ folgt, die unter anderem erhöhte Investitionen in Küstenüberwachungstechnologie vorsah. In diesem Rahmen wird ein „Coastal vessel traffic management information system“ (VTMIS) unterhalten, das mittlerweile eine 24-Stundenüberwachung der Küsten und Gewässer der EEZ sicherstellt – insbesondere der Energieressourcen im Golf von Guinea und das Mündungsgebiet des Volta. 2014 wurde zudem eine neue maritime Spezialeinheit geschaffen, einige Flugzeuge erworben und institutionelle Innovationen umgesetzt. Seit Ende 2016 erweitern zudem HAI H425 Z-9 Helikopter aus China und seit 2020 auch Mil Mi-35 Angriffshubschrauber den Bestand der Marine und Luftwaffe. Eine Anschaffung von unbemannten Fahrzeugen in Zukunft wird diskutiert. Auch soll die Werft in der Provinzhauptstadt Sekondi im Westen Ghanas erweitert werden. Im Jahr 2020 wurde zudem das neue Naval Training Command (Navtrac) durch Präsident Nana Akufo-Addo eingeweiht. Das neue Trainingszentrum soll die Ausbildungsniveau in Ghanas Marine langfristig steigern.

Tabelle 9
Luftwaffe

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Transportflugzeuge	9	Davon ein Passagierflugzeug und ein Flugzeug eingelagert
Aufklärungsflugzeuge	2	
Ausbildungsflugzeuge	4	Alle kampffähig
Mehrzweckhubschrauber	7	
Transporthubschrauber	3	

Quelle: IISS Military Balance 2025

Kommentar

Die ghanaische Luftwaffe ist traditionell auf die Bekämpfung von Aufständen im Inneren ausgerichtet gewesen, dient aber zunehmend auch der Unterstützung der Marine im Bereich des Küstenschutzes. So werden insbesondere die zwei DA-42 Leichtflugzeuge verstärkt zur Seeaufklärung und zur Überwachung der ghanaischen Ölvorkommen eingesetzt. Zusammen mit den drei 2011 und 2015 erworbenen C-295 Transportmaschinen des europäischen Luftfahrtkonzerns EADS konnte Ghana die mangelnden Lufttransportkapazitäten teilweise verbessern. Auch diese Flugzeuge können zur Seeaufklärung oder für Rettungsmissionen eingesetzt werden. Seit 2007 verfügt die Luftwaffe zudem über vier K-8 Karakorum Leichtangriffs-, bzw. Trainingsjets. Im Januar 2014 wurde bekannt, dass sich die Luftwaffe künftig nochmals um einige Flugzeuge vergrößern werde. Der Kauf von zwei weiteren Maschinen vom Typ C-295, die den letzten vorhandenen Fokker F27 (1975) ersetzen sollen, wurde bereits im August 2013 bestätigt. Darüber hinaus sind nun drei leichte Transportflugzeug (Cessna 172) sowie weitere Mil Mi-17 „Hip“ Transporthelikopter Teil der Ausstattung. Bereits Anfang 2013 konnte die Luftwaffe ihre Flotte durch die Lieferung von vier russischen Hubschraubern des Typs Mi-171Sh erheblich erweitern. Sie sollen insbesondere zur Bekämpfung der zunehmenden Piraterie an den Küsten und des Drogenschmuggels eingesetzt werden. Darüber hinaus dienen sie der Unterstützung von Friedensmissionen.

Box 2

Peacekeeping

Demokratische Republik Kongo (MONUSCO): 15 Soldat:innen

Gambia (ECOMIG): 50 Soldat:innen

Guinea-Bissau (ESSMGB): 150

Libanon (UNIFIL): 873 Soldat:innen

Somalia (UNSOM): 1 Soldat:in

Sudan (UNISFA): 664 Soldat:innen

Südsudan (UNMISS): 737 Soldat:innen

Syrien/Israel (UNDOF): 5 Soldat:innen

Westsahara (MINURSO): 14 Soldat:innen

Zentralafrikanische Republik (MINUSCA): 13 Soldat:innen

Zypern (UNFICYP): 1 Soldat:in

Quelle: IISS Military Balance 2025

Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Die ghanaischen Streitkräfte haben seit der Unabhängigkeit des Landes 1957 einen erheblichen Einfluss auf Politik und Gesellschaft. Durch zahlreiche Militärputsche und die folgenden Militärregierungen haben die Streitkräfte die politischen und gesellschaftlichen Geschichte des Landes über mehrere Jahrzehnte dominiert. Seit den Wahlen 2001 befindet sich Ghana in einer Phase der demokratischen Transformation – infolgedessen wurden die Streitkräfte einer stärkeren parlamentarischen Kontrolle unterworfen.

Die Armee setzt sich zusammen aus Heer, Marine und Luftwaffe - wobei das Heer mit Abstand die größte Gruppe bildet. Durch ihren Einsatz in Friedensmissionen seit den 1990er Jahren konnte die Armee weiter professionalisiert werden. Die Kommandostrukturen wurden nach der Auflösung der letzten Militärregierung weitestgehend wiederhergestellt, da sie vormals zur besseren Kontrolle im Sinne der Regierung umgestaltet waren. Gleichzeitig wurde das Militär großzügig finanziell ausgestattet. Durch diese Maßnahmen konnten Prestige und Selbstbewusstsein des Militärs einerseits wieder aufgebaut, andererseits das Bestreben der Streitkräfte, auch politisch Einfluss zu nehmen, verkleinert werden.

Zwar ist die dem Innenministerium unterstellte Polizei für die Durchsetzung geltenden Rechts verantwortlich, doch wird diese insbesondere in der Strafverfolgung immer wieder durch das Militär unterstützt. Auch im Falle von Naturkatastrophen greift der Staat auf das Militär zurück. Dies trägt positiv zum Ansehen und zur Verwurzelung der Streitkräfte in der Gesellschaft bei. Mit der Ghana National Gender Policy von 2015 und dem Ghana National Action Plan on the United Nations Security Council resolution 1325 wurde die Partizipation von Frauen gefördert. Der Anteil von Frauen im ghanaischen Militär liegt bei etwa 16 %, eine Rekrutierungsquote in Höhe von 15 % wurde gesetzlich festgelegt. Sie werden zwar in allen Bataillonen eingesetzt, doch haben Soldatinnen selten Führungspositionen inne: Im August 2019 wurde mit Felicia Twum-Barima die zweite weibliche Brigadegeneralin befördert.

Die Armee sieht sich als Garant für die Aufrechterhaltung der Verfassung und für den Schutz der Demokratie. Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Streitkräfte in die Politik eingreifen würden, sollten sie eine Gefahr für das Land sehen. Die Armee betont stets die guten Beziehungen zur Zivilbevölkerung und den Respekt vor den zivilen Behörden, den die Soldat:innen bei ihrer Ausbildung lernen sollen. Übergriffe von Soldat:innen auf ghanaische Journalist:innen lassen jedoch Zweifel daran aufkommen, wie stark sich die Armee tatsächlich verpflichtet fühlt, Bürger:innen- und Menschenrechte sowie die Pressefreiheit zu achten. Die ghanaische Journalist:innenvereinigung reagierte auf die Vorkommnisse mit massiven Protesten. Auch Korruption ist trotz erster Regierungsmaßnahmen innerhalb der Sicherheitskräfte ein konstantes Problem. In den letzten Jahren sind zudem vermehrte Versuche insb. durch die beiden dominierenden Parteien (New Patriotic Party und National Democratic Congress) zu beobachten, durch strategische Positionierung loyaler Personen Einfluss auf die Streitkräfte zu nehmen. Entsprechend ist eine verstärkte Politisierung der Streitkräfte zu beobachten. Diese Art der Vetternwirtschaft trägt ebenfalls zu der hohen Wahrnehmung von Korruption innerhalb der Streitkräfte bei. Auch erreicht Ghana im Government Defence Integrity Index (2020) von Transparency International lediglich einen Gesamtwert von 23 von 100 Punkten und weist damit ohnehin ein sehr hohes Korruptionsrisiko auf.

Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 10

Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierung, gemessen am BIP (in %)

	2019	2020	2021	2022	2023
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	-	-	-	-	-

Quelle: IMF Government Finance Statistics

<https://legacydata.imf.org/regular.aspx?key=61037799>

Der Nationale Sicherheitsrat (National Security Council – NSC) ist die Koordinierungsbehörde für sämtliche Sicherheitskräfte des Landes und bildet eine Schnittstelle zwischen der Regierung und den Sicherheitsbehörden. Neben Militär und Polizei sitzen auch Vertreter:innen der Justizvollzugsanstalten, des Zolls, der Einwanderungsbehörde sowie Vertreter:innen des Finanz-, Außen- und Justizministerium in diesem Gremium.

Die ghanaische Polizei ist die größte Strafverfolgungsbehörde und untersteht dem Innenministerium. Aktuell (Stand: 2022/2023) sollen ungefähr 39.000 Menschen als Polizeibeamt:innen arbeiten. Innerhalb der Polizei gibt es verschiedene spezialisierte Einheiten, etwa die Verkehrspolizei, sowie Einheiten zur Bekämpfung häuslicher Gewalt oder der Wirtschaftskriminalität. Darüber hinaus gibt es noch die Wasserschutzpolizei, zu deren Aufgaben der Schutz der Gas- und Ölvorkommen sowie die Sicherung der Küstengewässer gehören. Sie wird streng von der Regierung kontrolliert, gilt jedoch als korrupt und ineffizient. Letzteres ist auch auf ihre unzureichende finanzielle Ausstattung zurückzuführen. Auch wenn die Regierung in den letzten Jahren Schritte unternahm, um gegen Korruption und Amtsmissbrauch vorzugehen, bleibt Straflosigkeit ein großes Problem. Darüber hinaus werden Beamt:innen in einigen Fällen unverhältnismäßige Gewalt und ungesetzliche Tötungen vorgeworfen, so bspw. der Menschenrechtsbericht 2020 der USA.

Für die interne und externe Sicherheit sind in Ghana verschiedene Geheimdiensteinheiten zuständig. Das Bureau of National Investigations (BNI) übt klassische Geheimdienstaufgaben wie Aufklärung, Informationsbeschaffung und -auswertung sowie Spionageabwehr aus. Das BNI kann auch auf bewaffnete Spezialeinheiten zur Durchführung von speziellen Operationen zurückgreifen. Nach der Reform des Geheimdienstes Anfang der 1980er Jahre wurde es aus den Polizei- und Militärstrukturen herausgelöst und untersteht seitdem direkt dem Büro des:der Präsidenten:Präsidentin.

Das ehemals angegliederte Criminal Investigations Department (CID) beschäftigt sich hauptsächlich mit der Strafverfolgung. Der Geheimdienst wurde größtenteils von kubanischen und chinesischen Expert:innen ausgebildet und wendet die „klassischen“ Methoden der Informationsbeschaffung an, wie den Einsatz von V-Leuten oder verdeckte Ermittlungen. Während der Militärherrschaften war der Geheimdienst ein Instrument zur Machtsicherung. Seit der Phase der Demokratisierung gab es eine Öffnung des Geheimdienstes und eine Anpassung an zivile Strukturen. Dennoch ist es schwierig, hier umfassende Reformen sowie eine transparentere Arbeitsweise und öffentliche Kontrolle durchzusetzen.

Diversität in den Sicherheitskräften

Die Sicherheitskräfte Ghanas weisen regional betrachtet vergleichsweise hohe Frauenanteile auf – gleichzeitig bestehen weiterhin geschlechtsspezifische Unterschiede in Repräsentation und Karrieremöglichkeiten.

Frauen erhielten früh Zugang zu den Sicherheitskräften Ghanas. Bereits 1952 durften Frauen der damaligen Gold Coast Police Force beitreten, also noch vor der Unabhängigkeit des Landes. Rosamond Asiamah Nkansah gilt als erste Polizeibeamtin Ghanas und wurde gemeinsam mit elf weiteren Frauen aufgenommen. Anfangs galten für Polizistinnen jedoch erhebliche Einschränkungen: Frauen durften unter anderem weder heiraten noch schwanger werden; andernfalls mussten sie den Polizeidienst verlassen. Auch innerhalb der Streitkräfte begann die Öffnung frühzeitig. Bereits 1958 wurden Frauen offiziell in die Ghana Armed Forces aufgenommen. 1962 rekrutierte das Militär die ersten zwölf Soldatinnen und bildete bereits 1963, als erstes Land der ECOWAS, Militärpilotinnen aus.

Trotz dieser frühen Öffnung bleiben Frauen insbesondere in militärischen Führungs- und Einsatzstrukturen weiterhin unterrepräsentiert. Innerhalb des Militärs stellten Frauen 2024 rund 15,2 % des Personals. Nach Angaben des Ghana Police Service beschäftigte die Polizei zuletzt insgesamt 39.184 Personen, darunter 10.951 Frauen. Das entspricht einem Anteil von rund 28 %. Gleichzeitig bleiben Frauen in höheren Führungspositionen deutlich seltener vertreten; lediglich 282 Frauen gehörten zur Gruppe der Senior Officers. Bislang leitete auch keine Frau das Verteidigungsministerium.

Auch im Rahmen internationaler Friedensmissionen weist Ghana aber recht hohe Frauenanteile auf. Nach Angaben der Ghana Armed Forces entsandte das Land Ende 2025 insgesamt 2.561 Personen in internationale Friedensmissionen, darunter 413 Frauen. Der Frauenanteil lag damit insgesamt bei 16,1 %. Besonders hohe Frauenanteile zeigen sich in den Bereichen „Experts on Mission“, „Staff Officers“ und „Formed Police Units“. In der Mission UNMISS lag der Frauenanteil bei Formed Police Units beispielsweise bei 27,5 % und übertraf damit den Zielwert der Vereinten Nationen von 17 %. Doch auch bei militärischen Streitkräften übertraf Ghana in mehreren Missionen die UN-Zielwerte für Frauenrepräsentation. Gleichzeitig bestehen weiterhin Unterschiede zwischen einzelnen Missions- und Funktionsbereichen. Frauen bleiben insbesondere in klassischen militärischen Truppeneinsätzen geringer vertreten.

Gleichzeitig bestehen starke Einschränkungen im Bereich der Rechte queerer Menschen. Homosexualität ist verboten und die bloße Identifikation als „LGBTQIA+“ kann mit mehrjährigen Haftstrafen geahndet werden. Da weder Geschlechtsangleichungen noch Nicht-binäre Identitäten rechtlich anerkannt werden und die Sicherheitsinstitutionen stark konservativ und heteronormativ geprägt sind, können queere Menschen nicht offen in den Sicherheitskräften dienen.

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Bewertung auf Grundlage der [bicc-Datenbank](#)

Kriterium	Bewertung
1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen	Nicht kritisch
2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	Möglicherweise kritisch
3. Innere Lage im Empfängerland	Möglicherweise kritisch
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	Möglicherweise kritisch
5. Bedrohung von Alliierten	Möglicherweise kritisch
6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	Nicht kritisch
7. Unerlaubte Wiederausfuhr	Möglicherweise kritisch
8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes	Möglicherweise kritisch

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (bicc): Rüstungsexport-Datenbank (ruestungsexport.info).

Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 11

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Genfer Protokoll zum Einsatzverbot chemischer und biologischer Waffen, 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag, 1963	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Äußerer Weltraumvertrag, 1967	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	SIPRI Jahrbuch
Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen, 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden, 1972	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von Biologie- und Toxinwaffen, 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken, 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen, 1983	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen, 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention, 1999	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention über Streumunition, 2010	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag (ATT), 2014	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Atomwaffenverbotsvertrag (AVV), 2021	Beigetreten	https://treaties.un.org
Vertrag über eine atomwaffenfreie Zone Afrika (Vertrag von Pelindaba von 2006	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kommentar

Das westafrikanische Land ist den meisten Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen beigetreten. Unklar ist hingegen, warum Ghana die Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983 nicht unterzeichnet bzw. ratifiziert hat. Bei der vierten Überprüfungskonferenz dieser Konvention hat das Land als Beobachter teilgenommen. Das für Ghana größte Sicherheitsproblem stellen die Klein- und Leichtwaffen dar. Anstrengungen zur Kontrolle waren in der Vergangenheit nicht immer erfolgreich. Die Regierung in Accra hat einen von den Vereinten Nationen unterstützten Vertrag der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) zum Verbot der Herstellung von Klein- und Leichtwaffen unterzeichnet. Dennoch gibt es weiterhin viele illegale Produktionsstätten innerhalb Ghanas. Hervorzuheben ist, dass Ghana nichtsdestotrotz einer der ersten Staaten war, die den Internationalen Waffenhandelsvertrag (ATT) nach der Verabschiedung in der Generalversammlung der Vereinten Nationen Anfang April 2013 unterzeichnet und derweil auch ratifiziert hat. Unterzeichnet – bisher aber noch nicht ratifiziert – hat Ghana den Atomwaffenverbotsvertrag, welcher im Jahre 2017 zur Unterzeichnung geöffnet wurde.

Gegen Ghana sind derzeit weder von den Vereinten Nationen noch von der Europäischen Union Sanktionen verhängt.

Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 12

Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationale Konvention zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zur CEDAW-Konvention, 2000	Beigetreten	http://treaties.un.org

Box 5**Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2025**

Bewertung für Ghana auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:

Bürgerliche Rechte: 45/60

Politische Rechte: 35/40

Gesamtbewertung: Frei (80/100)

Die Bewertung durch Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert:innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Box 6**Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2025**

Since 1992, Ghana has held competitive multiparty elections and undergone peaceful transfers of power between the two main political parties, the National Democratic Congress (NDC) and the New Patriotic Party (NPP). Although the country has a relatively strong record of upholding political rights and civil liberties, discrimination against women persists, and LGBT+ people face widespread discrimination, intimidation, and violence. There are some weaknesses in judicial independence, key governance institutions, and the application of the rule of law. Corruption and public service delivery present challenges to government performance. Politically motivated violence remains a concern.

Quelle: <https://freedomhouse.org/country/ghana/freedom-world/2025>

Kommentar

Die Menschenrechtsslage in Ghana hat sich in den letzten zehn Jahren insgesamt verbessert, auch wenn weiterhin Defizite bestehen. Der Staat unterdrückt die Presse nicht mehr in dem Ausmaß, wie es während der Amtszeit von Präsident Rawlings (mit Unterbrechungen 1981–2000) üblich war. Im regionalen Vergleich gilt die Pressefreiheit heute als relativ gesichert. Im World Press Freedom Index 2025 der Reporter ohne Grenzen belegte Ghana den 52. Platz von 180 Staaten. Damit erzielte Ghana den besten Rang unter seinen unmittelbaren Nachbarländern. Gleichzeitig berichtet Amnesty International weiterhin über Einschränkungen der Meinungsfreiheit sowie über Einschüchterung und Gewalt gegen Journalist:innen. Zudem hielt der Human Rights Report 2024 der US-Botschaft in Ghana fest, dass parteipolitische Akteure Akademiker:innen in sozialen Medien und Radiosendungen wegen kritischer oder abweichender Meinungen verbal einschüchterten, was Berichten zufolge zu Selbstzensur führte; Im Januar 2024 griff ein Abgeordneter der Regierungspartei gemeinsam mit Unterstützern während parteiinterner Wahlen in Yendi einen Journalisten körperlich an.

Auch das Versammlungsrecht blieb eingeschränkt. Die Polizei untersagte im Juli 2024 eine geplante Protestaktion in Accra gegen die steigenden Lebenshaltungskosten und begründete dies mit unzureichenden personellen Kapazitäten zur Gewährleistung der Sicherheit. Im September 2024 nahmen Sicherheitskräfte bei Protesten gegen Korruption im Zusammenhang mit illegalem Bergbau in Accra mehr als 50 Personen fest. Zwar entließen die Behörden alle Festgenommenen wieder, jedoch sahen sich zum Jahresende noch 31 Personen mit Anklagen unter anderem wegen unerlaubter Versammlung, Sachbeschädigung und „ordnungswidrigen Verhaltens mit friedensgefährdender Wirkung“ konfrontiert.

Eine der größten Herausforderungen bleiben Zwangsräumungen, insbesondere im Großraum Accra. Staatliche Stellen setzen im Zuge städtischer Entwicklungs- und Infrastrukturprojekte weiterhin Räumungen informeller Siedlungen um, ohne betroffenen Bewohner:innen angemessene Entschädigungen oder alternative Wohnmöglichkeiten bereitzustellen.

Das Justizsystem arbeitet langsam und ineffizient. Gerichte bearbeiten Verfahren häufig über Jahre hinweg, sodass viele Inhaftierte lange auf einen Prozess warten müssen. Der Staat hält Gefangene in chronisch überfüllten Haftanstalten unter unwürdigen Bedingungen fest. Die Behörden stellen die medizinische Versorgung der Insass:innen dabei nur unzureichend sicher.

Im Jahr 2023 beschloss das Parlament eine Reform der Todesstrafe und schaffte sie für die meisten Straftaten ab; formal besteht sie nur noch für Hochverrat, wobei der Staat seit Jahrzehnten keine Hinrichtungen mehr vollzieht. Im Januar 2024 verurteilten Gerichte jedoch sechs Personen, darunter drei Soldaten, wegen ihrer Beteiligung an einem versuchten Staatsstreich im Jahr 2021 zum Tode.

Auch die Behandlung von Menschen mit psychischen Erkrankungen und geistigen Behinderungen gibt Anlass zur Sorge. Berichte der Human Rights Watch zeigen, dass Betreiber traditioneller „prayer camps“ und Heilzentren Menschen, darunter auch Kinder, weiterhin in Ketten legen oder in kleinen Käfigen einsperren. Human Rights Watch dokumentierte bei Untersuchungen von fünf Einrichtungen in östlichen und zentralen Regionen Ghanas, dass mehr als 60 Menschen mit (vermeintlichen) psychischen Erkrankungen oder Behinderungen unter diesen Bedingungen festgehalten wurden. Die Verantwortlichen verweigern diesen Personen häufig angemessene Nahrung, den Zugang zu sanitären Einrichtungen sowie eine ausreichende medizinische Versorgung. Vor diesem Hintergrund forderten die Vereinten Nationen Anfang 2023 die ghanaische Regierung auf, wirksam gegen diese Praktiken vorzugehen.

Geschlechtsspezifische Gewalt

Ghana hat auf internationaler Ebene die meisten wichtigen Abkommen zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt (GBV) sowie zum Schutz von Frauen und Kindern ratifiziert, darunter die Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women (CEDAW) und die Convention on the Rights of the Child – teilweise inkl. Fakultativprotokolle. Auch auf nationaler Ebene Ghana einen vergleichsweise fortschrittlichen rechtlichen Rahmen zum Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt (GBV). Die Gesetzgebung kriminalisiert u.a. weibliche Genitalverstümmelung, häusliche Gewalt sowie bereits seit 2007 auch Vergewaltigung in der Ehe. Regional betrachtet zeigt Ghana eine relativ liberale Gesetzgebung zu Schwangerschaftsabbrüchen – dennoch sind solche nur unter bestimmten Voraussetzungen (wie Vergewaltigung oder erheblichen medizinischen Risiken) erlaubt. Femizide erfasst das Strafrecht nicht als eigenständigen Straftatbestand.

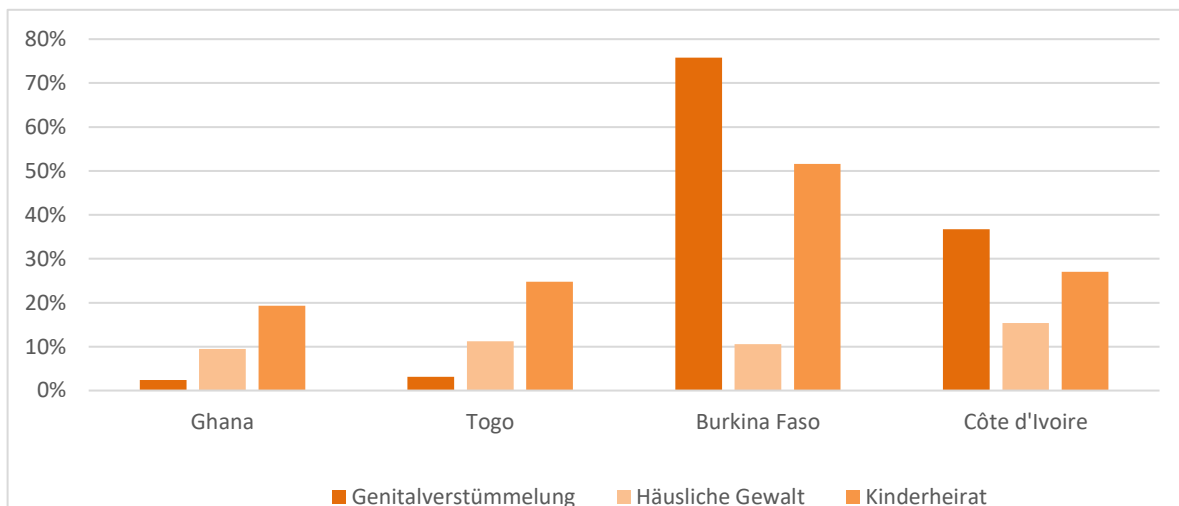
Trotz rechtlicher Fortschritte bestehen erhebliche Defizite bei der Umsetzung und Durchsetzung bestehender Schutzregelungen. Nach Angaben des UNFPA sind 9,5 % der Frauen von Gewalt durch einen Intimpartner betroffen, während die WHO für 2023 eine Lebenszeitprävalenz von 21,3 % und eine 12-Monats-Prävalenz von 13,4 % schätzt. Darüber hinaus haben 9,1 % der Frauen seit ihrem 15. Lebensjahr nicht-partnerschaftliche sexuelle Gewalt erlebt. Weibliche Genitalverstümmelung ist mit einer Prävalenz von 2,4 % vergleichsweise selten. Deutlich weiter verbreitet sind aber Kinderehen: 16,1 % der Frauen wurden vor Vollendung ihres 18. Lebensjahres verheiratet; 3,3 % sogar vor Vollendung des 15. Lebensjahres. Obwohl die Gesetzgebung das Mindestalter für Eheschließungen auf 18 Jahre festlegt, bleibt die Praxis insbesondere in ländlichen und ärmeren Regionen bestehen. Zudem sehen sich

Frauen, denen „Hexerei“ vorgeworfen wird, weiterhin Bedrohungen, körperlicher Gewalt und teilweise tödlichen Angriffen ausgesetzt.

Die Rechte sexueller und geschlechtlicher Minderheiten bleiben in Ghana erheblich eingeschränkt. LGBTQIA+-Personen sehen sich weiterhin Diskriminierung, gesellschaftlicher Ausgrenzung und gewaltsamen Übergriffen ausgesetzt. Gleichgeschlechtliche sexuelle Beziehungen sind strafbar und können mit Freiheitsstrafen von bis zu drei Jahren geahndet werden. Eine rechtliche Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften oder Ehen existiert nicht. Zudem erkennt Ghana weder nicht-binäre Geschlechtsidentitäten noch Geschlechtsangleichungen rechtlich an und schützt LGBTQIA+-Personen nicht umfassend vor Diskriminierung. Im Equality Index von Equaldex belegt Ghana Rang 157 von 197 Staaten und erreicht lediglich 15 von 100 Punkten. Die rechtliche Situation verschärfte sich 2024 weiter, als der Oberste Gerichtshof die Gültigkeit einer kolonialzeitlichen Strafnorm bekräftigte. Human Rights Watch kritisierte das Urteil als Verstoß gegen internationale Menschenrechtsstandards.

Schaubild 5

Geschlechtsbasierte Gewalt gegenüber Frauen in der Region: Prävalenz weiblicher Genitalverstümmelung, Häuslicher Gewalt und Kinderheirat in %



Quelle: United Nations Population Fund; [GBV Data explorer](#)

Innere Lage im Empfängerland

Box 7

Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas 2026 der Bertelsmann Stiftung

Ghana's political stability and democratic resilience remain exceptional in the region. The opposition's electoral victory reflects an assertive electorate that prioritizes developmental outcomes despite structural and ethnic divides. The smooth election and peaceful transfer of power reaffirm that democracy remains the only game in town. Additionally, Ghana has remained largely insulated from insurgencies and instability in neighboring countries, demonstrating its ability to uphold security.

Quelle: [BTI 2026 Ghana Länderbericht: BTI 2026](#)

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2025)

Im Jahresbericht 2025 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamt:innen und Politiker:innen durchgeführt wurden, erzielte Ghana 43 von 100 möglichen Punkten (2024: 42 Punkte). Damit erzielt es genauso viele Punkte wie China, Côte d'Ivoire und Kosovo. Deutschland erzielte 77 Punkte.

Quelle: [Corruption Perceptions Index 2025 - Transparency.org](#)

Spannungen und innere Konflikte

Nach einer Phase zahlreicher gewaltsamer Konflikte, erfolgreicher Putschs und wiederholter Eingriffe des Militärs durchlief Ghana in den vergangenen Jahrzehnten einen Prozess demokratischer Konsolidierung. Der Staat befindet sich derzeit in einer Phase relativer politischer Stabilität, auch wenn weiterhin ungelöste Konflikte und gesellschaftliche Spannungen bestehen. Besonders die anhaltenden Konflikte in den nördlichen Regionen beeinträchtigen die Sicherheit der dortigen Bevölkerung und behindern die sozioökonomische Entwicklung dieser Landesteile. Der anhaltende ethnische und chieftaincy-bezogene Konflikt im Raum Bawku zwischen den Gruppen der Mamprusis und der Kusasis führt weiterhin zu Gewalt und Unsicherheit. Im Juli 2025 verstärkte die Regierung den Sicherheitseinsatz, entsandte zusätzliche Soldaten in die Region und verhängte eine Ausgangssperre, nachdem bei erneuter Gewalt unter anderem ein Kusasi-Chef und drei Schüler getötet worden waren.

Auch der Zugang zu und die Kontrolle über Land stellen weiterhin zentrale Konfliktfaktoren dar. Streitigkeiten um traditionelle Führungspositionen („chieftaincy disputes“) erzeugen fortlaufend Spannungen, da sie Macht, Legitimität und Ressourcenkontrolle verbinden. Solche Auseinandersetzungen eskalieren wiederholt gewaltsam und führen zu Todesopfern, Vertreibungen und anhaltender Unsicherheit für die Zivilbevölkerung. Zugleich privatisieren traditionelle Führer:innen Land zunehmend und benachteiligen dadurch besitzlose Bevölkerungsgruppen, denen sie den Zugang zu fruchtbaren Flächen verwehren. In diesem Zusammenhang verschärfen sich zudem Konflikte zwischen lokalen Machthaber:innen um politische Einflussmöglichkeiten und wirtschaftliche Ressourcen. Dabei überlagern parteipolitische Interessen häufig lokale Konfliktstrukturen, etwa wenn politische Parteien zugunsten eines von ihnen unterstützten Kandidaten in Nachfolge- oder Machtfragen traditioneller Führungspositionen eingreifen. Diese Konflikte konzentrieren sich vor allem auf den Norden des Landes und eskalieren dort nicht selten in gewaltsame Auseinandersetzungen.

Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage

Ghana liegt an der westafrikanischen Küste und wird von drei französischsprachigen Ländern umschlossen. Im Norden grenzt es an Burkina Faso, im Westen an Côte d'Ivoire und im Osten an Togo. Im Süden verfügt das Land über einen 539 Kilometer langen Zugang zum Golf von Guinea.

Politische Situation in der Region

Die politische Lage in Westafrika ist derzeit durch anhaltende sicherheitspolitische Spannungen, insbesondere im Sahelraum, gekennzeichnet. Internationale Indizes verdeutlichen dabei die Unterschiede in Stabilität und politischer Freiheit zwischen den vergleichsweise stabilen Küstenstaaten und den fragilen Staaten des Sahelraums. Im Fragile States Index schneidet Ghana mit Rang 106 von 179 vergleichsweise stabil ab, während Togo (51) und Côte

d'Ivoire (39) im Bereich erhöhter staatlicher Fragilität liegen. Besonders fragil stellen sich die Sahelstaaten Burkina Faso (21) und Mali (14) dar. Ein ähnliches Bild ergibt sich aus den Bewertungen von Freedom House: Ghana gilt mit 80 von 100 Punkten als frei, während Côte d'Ivoire (49) und Togo (41) als teilweise frei eingestuft werden. Burkina Faso (25) und Mali (24) gelten hingegen als nicht frei.

In Côte d'Ivoire wirken die Folgen früherer politischer Krisen weiterhin nach. Die politische Entwicklung des Landes wurde durch die Regierungskrise nach den Präsidentschaftswahlen 2010 geprägt, als sowohl der amtierende Präsident Laurent Gbagbo als auch der international anerkannte Wahlsieger Alassane Ouattara Anspruch auf die Staatsführung erhoben. Die Krise eskalierte 2010/11 gewaltsam und endete mit der Festnahme Gbagbos durch Ouattaras Kräfte mit Unterstützung französischer Truppen. Seitdem konsolidierte Ouattara seine politische Macht zunehmend. Seine erneute Kandidatur wurde durch eine Verfassungsänderung ermöglicht und blieb innenpolitisch umstritten. Die Präsidentschaftswahlen 2020 gingen erneut mit Gewalt, Protesten und Fluchtbewegungen in Nachbarstaaten einher. Auch die jüngsten Wahlen im Dezember 2025 bestätigten die Dominanz der Regierungspartei und führten zur Wiederwahl von Präsident Ouattara. Zugleich vertieften sie die politische Polarisierung, da zentrale Oppositionsakteure vom Wahlprozess ausgeschlossen wurden, darunter Tidjane Thiam, der Vorsitzende der größten Oppositionspartei. Laurent Gbagbo, der für Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt wurde, wurde im März 2021 vom Internationalen Strafgerichtshof freigesprochen und kehrte nach 10 Jahren im Exil in sein Heimatland zurück. Ouattaras Zustimmung zu der Rückkehr des Ex-Präsidenten kann als Schritt in Richtung Versöhnung interpretiert werden.

Deutlich instabiler präsentiert sich hingegen die politische Lage in Mali. Nach dem Militärputsch von 2012 und der Ausbreitung bewaffneter Tuareg-Rebellengruppen sowie jihadistischer Gruppierungen im Norden des Landes intervenierte Frankreich im Januar 2013 militärisch, um deren Vormarsch aufzuhalten. Die Intervention drängte die Terrorgruppe Al-Qaeda in the Islamic Maghreb (AQIM) zunächst zurück, führte jedoch nicht zu einer nachhaltigen politischen Stabilisierung. In der Folge engagierten sich regionale und internationale Akteure umfassend in Mali. Die ECOWAS entsandte frühzeitig Truppen, während die UN mit der MINUSMA eine multidimensionale Stabilisierungsmission etablierten. Parallel unterstützten europäische Staaten, darunter auch Deutschland, die malischen Streitkräfte im Rahmen der Ausbildungsmission EUTM. Trotz dieser militärischen und sicherheitspolitischen Präsenz gelang es jedoch nicht, die staatliche Kontrolle dauerhaft wiederherzustellen oder eine tragfähige politische Lösung zu erreichen. Mit den Militärputschen von 2020 und 2021 übernahm erneut das Militär die vollständige politische Kontrolle. Die Junta konzentriert seither zentrale Entscheidungsbefugnisse in ihren Händen, verschob angekündigte Wahlen mehrfach und verlängerte die Übergangsphase ohne einen verbindlichen Zeitplan für eine Rückkehr zu einer zivilen Regierung. Infolge dieser Entwicklung zogen sich westliche Partnerstaaten weitgehend zurück, und die UN beendeten 2023 die MINUSMA-Mission. Die Sicherheitslage bleibt angespannt. Die Regierung verlor in mehreren Regionen, insbesondere im Zentrum und Norden des Landes, weiterhin die Kontrolle über ländliche Gebiete. Bewaffnete jihadistische Gruppen weiten ihre Angriffe auf staatliche Sicherheitskräfte und die Zivilbevölkerung aus, während staatliche Gegenmaßnahmen bislang keine nachhaltige Stabilisierung erzielen. Außenpolitisch vollzog Mali 2024 einen Bruch mit bisherigen regionalen Strukturen. Gemeinsam mit Burkina Faso und Niger verließ das Land die ECOWAS und gründete mit ihnen die Alliance of Sahel States (AES).

Seit dem 30. September 2022 regiert auch in Burkina Faso eine Militärjunta unter Hauptmann Ibrahim Traoré. Bereits sein Vorgänger Oberstleutnant Damiba gelangte im Januar 2022 durch einen Putsch an die Macht. Beide versprachen eine Verbesserung der

Sicherheitslage, doch Burkina Faso bleibt sehr stark von Gewaltkonflikten betroffen. Insbesondere die Al-Qaida-nahe Gruppe JNIM trieb diese Entwicklung voran, indem sie ein eigenes religiöses und soziales Regelwerk durchzusetzen versucht. Nach Angaben des Uppsala Conflict Data Program verzeichnete Burkina Faso 2024 mit 17.249 Todesopfern die höchste Zahl gewaltsamer Todesfälle in der gesamten Region. Insgesamt nimmt grenzüberschreitende Migration in der Region infolge von Gewalt und Unsicherheit deutlich zu und belastet Nachbarländer sowie vergleichsweise stabile Staaten zusätzlich.

Grenzkonflikte

Ghana befand sich bis 2017 in einem maritimen Territorialkonflikt mit Côte d'Ivoire. In dem Seegebiet an der gemeinsamen Grenze vermuten beide Staaten umfangreiche Öl- und Gasvorkommen, die sie wirtschaftlich nutzen wollen. Neue Funde Anfang 2013 verschärften den Konflikt, da beide Länder Ansprüche auf die betreffenden Seegebiete erhoben. Im Jahr 2010 beantragten Ghana und Côte d'Ivoire bei der UN-Kommission zur Begrenzung des Festlandssockels (CLCS) die Festlegung der maritimen Grenze und signalisierten damit ihren Willen zu einer friedlichen Lösung. Eine Sonderkammer des International Tribunal for the Law of the Sea entschied 2017 zugunsten Ghanas, akzeptierte den von Ghana beanspruchten Grenzverlauf und wies die Forderungen Côte d'Ivoires als unbegründet zurück.

Laut der Durham University legten Ghana und Togo im Jahre 2021 einen über mehrere Jahre währenden Grenzkonflikt bei. Bei diesem ging es um die Grenzziehung beider Staaten entlang des Kolpeling River aufgrund eines Missverständnisses und einer falschen Interpretation historischer Karten über die Grenzziehung seitens Togos. Dies führte zu Grenzunstimmigkeiten entlang der Städte Konugu in Togo und Gariki und Beliting in Ghana.

Regionale Rüstungskontrolle

Ghana hat die „ECOWAS Convention on Small Arms and Light Weapons, their Ammunition and related Materials“ unterzeichnet und setzt sich für eine strenge Kontrolle auf regionaler Ebene ein. Auch die „Bamako Declaration on an African Common Position on the Illicit Proliferation, Circulation and Trafficking of Small Arms and Light Weapons“ wurde von Ghana unterzeichnet.

Bedrohung von Alliierten

Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

In Ghana sind – mit Ausnahme der wenigen Militärberater:innen am Kofi Annan Peace Keeping Training Center – derzeit keine ausländischen Militäreinheiten stationiert.

In Côte d'Ivoire befanden sich bis 2017 mehrere Tausend ausländische Militäreinheiten aus über drei Dutzend Staaten im Rahmen des UN-Einsatzes UNOCI. Aus Europa beteiligten sich unter anderem Frankreich, Irland, Polen und Rumänien an der Mission. Im Rahmen der Operation Licorne hatte Frankreich mehrere Tausend Soldat:innen nach Côte d'Ivoire verlegt, die zunächst dem Schutz der Regierung dienten und später die UN-Mission unterstützten. Derzeit stationiert Frankreich rund 600 Soldat:innen in Côte d'Ivoire, darunter ein Infanteriebataillon sowie Heeres- und Luftwaffenhubschraubereinheiten. Parallel dazu reduzierte Côte d'Ivoire schrittweise die französische Militärpräsenz im Land. Der Abzug erfolgte vor dem Hintergrund wachsender anti-französischer Stimmungen in Westafrika und diente der Betonung nationaler Souveränität, ohne die sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit Frankreich grundsätzlich aufzugeben.

In Mali befanden sich bis Ende 2023 ebenfalls zahlreiche Soldat:innen aus europäischen Staaten, darunter deutsche Bundeswehrangehörige im Rahmen der UN-Stabilisierungsmission MINUSMA, deren Mandat der Deutsche Bundestag im Mai 2023 letztmalig verlängerte. Nach dem Abzug der UN- und europäischen Kräfte sind aktuell keine westlichen Truppen mehr stationiert; stattdessen operieren rund 1.500 Angehörige russischer privater Militärunternehmen (PMC) im Land. Die EU-Ausbildungsmission EUTM Mali setzte ihre Aktivitäten nach dem Militärputsch aus und verlagerte ihren Stützpunkt zunächst nach Niger; nach dem dortigen Militärputsch wurde die Mission im Mai 2024 beendet. Frankreich agierte zudem ab 2012 im Rahmen der Operation Barkhane in Mali und stationierte zeitweise über 5.000 Soldat:innen. Nach der Ankündigung des französischen Präsidenten Emmanuel Macron im Juni 2021 zog Frankreich seine Truppen bis August 2022 aus Mali ab.

Auch aus Niger zogen französische Einheiten bis Ende 2023 ab. Derzeit verbleiben dort rund 250 italienische Soldat:innen im Rahmen der Mission MISIN sowie etwa 100 Angehörige russischer privater Militärunternehmen.

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Tabelle 13

Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Bekämpfung der rechtswidrigen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen, 1971	Beigetreten	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten, 1977	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen, 1983	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials, 1987	Beigetreten	http://www.iaea.org
Konvention über die Markierung von Plastiksprengstoffen, 1998	Beigetreten	http://www.icao.int
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge, 2001	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus, 2007	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	http://treaties.un.org

Kommentar

Ghana ist – mit Ausnahme der Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklearterrorismus – allen wichtigen internationalen Anti-Terrorismus-Abkommen beigetreten. Trotz vereinzelter terroristischer Aktivitäten im Land selbst war Ghana bislang nicht Ziel großskaliger transnationaler Terroranschläge. Seit 2008 verfügt das Land über ein Anti-Terrorismus-Gesetz, das terroristische Aktivitäten verhindern und unterbinden soll, dass von ghanaischem Staatsgebiet Terrorakte ausgehen. Die Regierung erweiterte das Gesetz Mitte 2013, um nationale Gerichte bei der Bekämpfung terroristischer Einzelpersonen und Gruppen zu stärken; im Fokus standen dabei insbesondere Geldwäsche sowie die Finanzierung

terroristischer Vereinigungen. Seit bekannt wurde, dass Ghana auch auf der Liste der Länder steht, die potenziell von al-Qaida angegriffen werden können, hat die Terrorbekämpfung für die Regierung in Ghana weiter an Bedeutung gewonnen. Die Regierung stuft den sich ausbreitenden Terrorismus in der Region als bedrohlich ein, insbesondere durch Boko Haram in Nigeria sowie al-Qaida-Ableger im Norden Malis. In den vergangenen Jahren gab es wiederholt konkrete Terrorwarnungen für Ghana, da die Bedrohung durch terroristische Gruppen aus dem Sahelraum zunahm. Laut dem spanischen Ministerium für auswärtige und europäische Angelegenheiten und Zusammenarbeit steigt insbesondere die Gefahr durch jihadistische Gruppierungen aus Burkina Faso deutlich an, was wiederholt zu verstärkten Sicherheitsmaßnahmen und zeitweisen Ausgangssperren in nördlichen Grenzregionen Ghanas führte.

Internationale Kriminalität

Tabelle 14

Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität, 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel insbesondere des Frauen- und Kinderhandels, 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (b) Zusatzprotokoll gegen die Schlepperei von Migranten auf dem Land-, See- und Luftweg, 2004	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen, 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Ghana ist sämtlichen internationalen Abkommen zur Bekämpfung organisierter Kriminalität beigetreten. Im Global Organized Crime Index 2025 belegt Ghana Rang 68 von 193 (2021: Rang 41) und liegt damit innerhalb Afrikas auf Platz 21 von 54. Die ghanaische Regierung stuft organisierte Kriminalität als eine erhebliche sicherheits- und wirtschaftspolitische Herausforderung ein. Wie in der gesamten westafrikanischen Region betreffen kriminelle Aktivitäten insbesondere Menschenhandel, Geldwäsche sowie den illegalen Waffen- und Drogenhandel, begünstigt durch regionale Instabilität und grenzüberschreitende Konflikte. Kriminelle Netzwerke nutzen zunehmend ghanaische Kasinos und Unternehmen im Tourismussektor zur Geldwäsche.

Der Menschenhandel stellt dabei ein strukturelles Problem dar. Ghana fungiert sowohl als Herkunfts-, Transit- als auch als Zielland, insbesondere für westafrikanische Migrant:innen mit Ziel Europa. Schwerpunkte liegen in urbanen Zentren wie Accra, Kumasi und Takoradi sowie in grenznahen Regionen im Norden und Osten des Landes. Besonders betroffen sind Kinder, die in unterschiedlichen Wirtschaftssektoren ausgebeutet werden. Täterstrukturen sind tief in gesellschaftliche und wirtschaftliche Netzwerke eingebettet; in Einzelfällen übergeben auch Familienangehörige Kinder an Menschenhändler.

Darüber hinaus spielt Ghana eine zentrale Rolle im regionalen und transnationalen Drogenhandel. Das Land fungiert als wichtige Transitroute für asiatisches und

lateinamerikanisches Kokain auf dem Weg nach Europa und in die USA. Auch aus Mali gelangen Drogen nach Ghana und werden von dort weiterverhandelt. Zudem dient Ghana als Transit- und teilweise als Absatzmarkt für Heroin, das überwiegend aus Afghanistan stammt und über Ghana weiter in die USA exportiert wird. Ghanaische und nigerianische Netzwerke spielen hierbei eine bedeutende Rolle. Im Kokainhandel hat sich Ghana insbesondere für Lieferungen aus Brasilien als wichtiger Umschlagplatz etabliert, die vor allem über die Seehäfen Tema und Takoradi eingeführt werden.

Zwischen 2012 und 2014 trat Ghana der UN Convention against Transnational Organized Crime sowie den zugehörigen Zusatzprotokollen bei. Im Jahr 2013 initiierte die Regierung das National Integrated Programme (NIP) zur Stärkung der Bekämpfung organisierter Kriminalität und zur gleichzeitigen Verbesserung des Justizsystems. Das United Nations Office on Drugs and Crime unterstützt Ghana dabei fachlich. Mit dem Programm trägt Ghana zugleich zu den Bemühungen der ECOWAS zur Eindämmung des regionalen Drogenhandels bei. Ungeachtet dieser Maßnahmen bestehen weiterhin erhebliche Defizite bei institutionellen Kapazitäten. Chronischer Personalmangel sowie die teilweise Verstrickung politischer Eliten in kriminelle Strukturen erschweren eine effektive Strafverfolgung. In der Folge nimmt Ghana eine bedeutende Rolle innerhalb der westafrikanischen Netzwerke organisierter Kriminalität ein.

Tabelle 15

Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention, 1951	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Genfer Abkommen über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten, 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zum Genfer Konvention (1950) zum Schutz der Opfer von bewaffneten Konflikten, 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Römisches Statut des Internationalen Strafgerichtshofs, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Anti-Korruptions-Konvention, 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org

UN-Berichterstattung

Ghana übermittelt weder im Rahmen des UN Register of Conventional Arms regelmäßig Angaben zu Rüstungsimporten und -exporten noch im Rahmen des UN-Instruments zur Berichterstattung über Militärausgaben entsprechende Informationen an UN. Lediglich im Jahr 2002 meldete Ghana Daten an beide Register; 2007 berichtete das Land nochmals an das UN-Waffenregister.

Seit 2005 berichtet Ghana unregelmäßig im Rahmen des UN Programme of Action on Small Arms (PoA) sowie des zugehörigen International Tracing Instrument (ITI). Obwohl Ghana seit 2015 Vertragsstaat des Arms Trade Treaty ist, hat das Land bislang weder einen Initialbericht noch Jahresberichte eingereicht.

Unerlaubte Wiederausfuhr

Ghana verfügt über eine eigene Gesetzgebung zur Kontrolle von Klein- und Leichtwaffen sowie zu deren innerstaatlicher Verbringung und zum Export. Die Regierung hat in den vergangenen Jahren umfangreiche Maßnahmen ergriffen, um den Import und Export solcher Waffen stärker zu regulieren oder zu begrenzen. Für den Import und Export von Waffen ist eine Genehmigung des Innenministeriums erforderlich. Die geltende Gesetzeslage erfasst jedoch nicht den Transit von Waffen durch das Land, was die Kontrolle entsprechender Vorgänge erheblich erschwert. Zudem existiert keine spezifische Gesetzgebung zur Regulierung von Vermittlungsgeschäften (Brokering), wodurch eine zentrale Kontrollücke fortbesteht.

Die illegale Herstellung und der Schmuggel von Waffen stellen weiterhin erhebliche sicherheitspolitische Herausforderungen dar. Innerhalb Ghanas operieren illegale Waffenschmieden, die nicht registrierte Waffen herstellen und diese sowohl im Inland vertreiben als auch außer Landes schaffen. Als regionale Schwerpunkte der Waffenproduktion gelten unter anderem Kumasi, Kpando, Tafi Atome und Ho (siehe hierzu den Kommentar zur [lokalen Rüstungsindustrie](#)).

In die illegalen Waffenbewegungen sind teils bewusst, teils unbewusst auch Akteure des Transportsektors eingebunden, darunter Fahrer:innen von Taxis, Bussen und sogenannten Tro-Tros, die neben Personen auch Fracht befördern. Zusätzlich erschweren poröse Landesgrenzen die Bekämpfung illegaler Waffenströme. Sicherheitskräfte beschlagnahmten wiederholt Waffen, die ghanaische Händler:innen über Landrouten, häufig mit Lastkraftwagen oder Geländefahrzeugen, außer Landes schmuggelten. Betroffen sind sowohl die Landgrenzen als auch der Seeweg. Ghana geht intensiv gegen die Wiederausfuhr von Waffen vor und nimmt damit in Westafrika eine Vorreiterrolle ein. Zwischen 2001 und 2013 vernichteten die Behörden rund 2 500 illegale Waffen; im Jahr 2025 setzte die Regierung ergänzend auf freiwillige Entwaffnungsprogramme und öffentliche Sensibilisierungskampagnen, um den illegalen Waffenbesitz weiter einzudämmen.

Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Box 8

Auszug aus dem Transformationsatlas 2026 der Bertelsmann Stiftung

Ghana's economy is regaining momentum, with a GDP growth rate of 6.3% in the first three quarters of 2024, but the recovery remains fragile. IMF-backed reforms have helped stabilize public finances through spending cuts, debt restructuring and improved revenue collection. However, inflation remained above 20% in 2024 and currency fluctuations persist. A sustainable economic recovery will require stronger revenue collection, reduced borrowing and improved governance to curb inefficiencies and corruption.

Overspending is a widespread problem fueled by the competitive electoral environment. Governments must balance competing priorities such as tackling underdevelopment in the north, strengthening business infrastructure in the south, and improving both access to and quality of education. Corruption and weak enforcement continue to undermine progress, eroding trust and discouraging investment. These challenges became apparent in the 2024 galamsey crisis. The economic downturn drove illegal gold mining (galamsey) to new heights, causing severe environmental destruction and significant revenue losses, as gold production bypassed formal taxation and disrupted cocoa production.

Quelle: [BTI 2026 Ghana Länderbericht: BTI 2026](#)

Tabelle 16

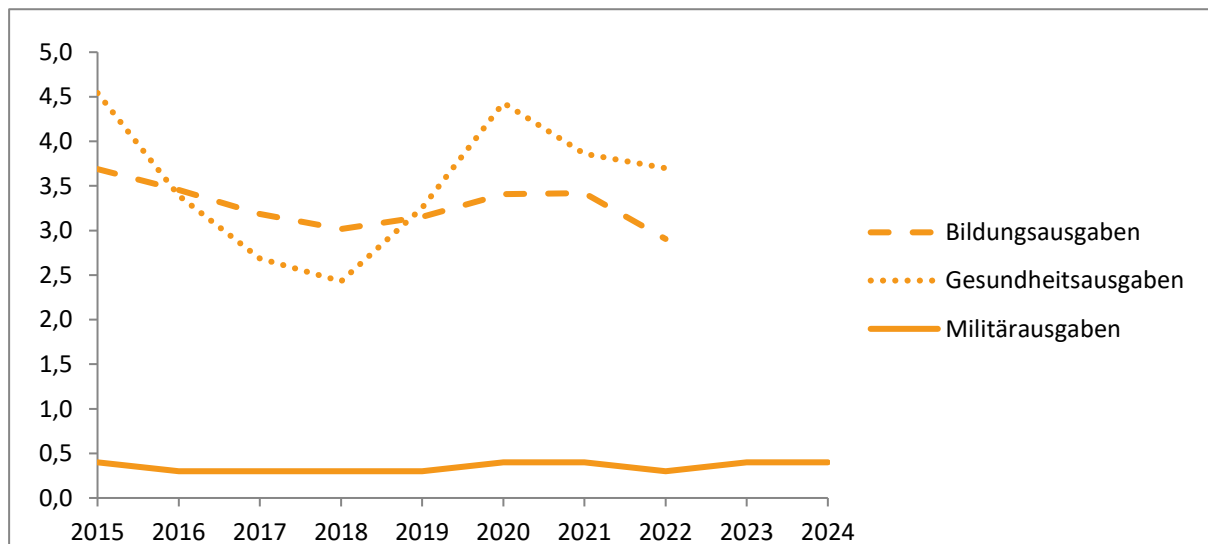
Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in%)

	2020	2021	2022	2023	2024
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	235	275	244	285	279
Militärausgaben/BIP	0,4	0,4	0,3	0,4	0,4
Gesundheitsausgaben/BIP	4,4	3,9	3,7	-	-
Bildungsausgaben/BIP	3,4	3,4	2,9	-	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 6

Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in %)

Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 17

Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2019	2020	2021	2022	2023
Auslandsverschuldung (HIPC-Status)	32595	40594	43805	42672	43742
Anteil am BIP (in %)	47,7	58	55,1	57,7	54,3
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (DAC-ODA)*	550,35	567,79	754,14	486,66	-

	2019	2020	2021	2022	2023
Net ODA (% of GNI)*	0,78	0,77	1,02	-	-
Deutsche ODA Zahlungen*	83,07	86,46	245,66	101,35	-

Angaben in aktuellen Preisen (Mio.) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2023); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2023). HIPC – Heavily Indebted Poor Countries. Quelle: Weltbank, IMF, OECD*

Tabelle 18
Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung

	2020	2021	2022	2023	2024
Militarisierungswert	37,0	41,9	39,3	40,7	40,0
Index-Platzierung	143	142	144	143	142

Tabelle 19
Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten

		2020	2021	2022	2023	2024
Burkina Faso	Militarisierungswert	79,7	85,3	93,6	107,1	132,0
	Index-Platzierung	103	91	80	63	41
Côte d'Ivoire	Militarisierungswert	58,4	54,5	58,7	58,3	57,3
	Index-Platzierung	131	132	123	131	131
Togo	Militarisierungswert	94,3	109,6	137,8	123,9	108,1
	Index-Platzierung	80	57	30	46	61

Quelle: Globaler Militarisierungsindex (GMI) – Bonn International Centre for Conflict Studies (bicc)
Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2025.
<https://gmi.bicc.de/ranking-table>

Tabelle 20
Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in %

		2021	2022	2023	2024	2025
Burkina Faso	Militärausgaben (absolut)	503	607	862	1024	844
Côte d'Ivoire	Militärausgaben/BIP	2,3	3,0	4,1	4,4	3,3
Togo	Militärausgaben (absolut)	663	674	706	658	721

	2021	2022	2023	2024	2025
Militärausgaben/BIP	0,9	0,9	0,9	0,8	0,8
Militärausgaben (absolut)	213	375	285	213	192
Togo					
Militärausgaben/BIP	2,4	4,1	3,0	2,2	1,9

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2024). Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 21

Human Development Index (HDI) & Gender Development Index (GDI)

	2019	2020	2021	2022	2023
HDI-Wert	0,609	0,614	0,618	0,625	0,628
HDI-Wert (Männer)	0,636	0,640	0,643	0,649	0,651
HDI-Wert (Frauen)	0,585	0,591	0,594	0,602	0,607
GDI-Wert	0,919	0,923	0,923	0,929	0,933

Quelle: [Specific country data | Human Development Reports](#)

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe) und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen.

Der GDI setzt die HDI-Werte für Frauen und Männer in ein Verhältnis zueinander: ein Wert von 1 weist demnach auf vollständige Gleichstellung hinsichtlich der HDI-Kategorien hin. Werte darunter weisen entsprechend auf Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern hin.

Frauen in der Wirtschaft und Politik

Der Gender Development Index (GDI) setzt die HDI-Werte von Frauen und Männern – basierend auf Lebenserwartung, Bildungsjahren und Einkommen – ins Verhältnis zueinander, wobei ein Wert von 1 vollständige Gleichstellung anzeigt. Mit einem GDI von 0,933 weist Ghana im regionalen Vergleich geringere geschlechtsspezifische Entwicklungsunterschiede auf als die Nachbarstaaten Togo (0,865) oder Burkina Faso (0,881). Dennoch bestehen weiterhin deutliche Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Frauen weisen zwar mit 67,9 Jahren eine deutlich höhere Lebenserwartung auf als Männer mit 63,1 Jahren, zugleich bestehen jedoch weiterhin Bildungs- und Einkommensnachteile: Hinsichtlich tatsächlich absolvierter Schuljahre kommen Frauen lediglich auf 6,1, Männer hingegen auf 8,3 Jahre. Frauen erzielen zudem nur ein Einkommen von 5.958 US-Dollar (kaufkraftbereinigt), während Männer auf 7.736 US-Dollar kommen. Das Einkommen von Frauen entspricht damit rund 77 % des männlichen Einkommens. Wie [Schaubild 7](#) zu entnehmen ist, bestehen somit weiterhin deutliche geschlechtsspezifische Einkommensunterschiede.

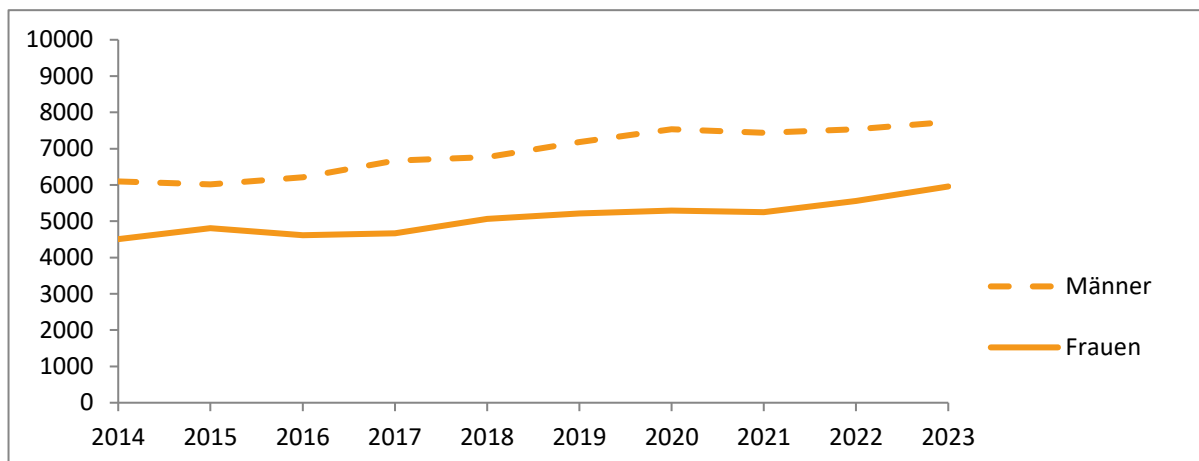
Die Erwerbsbeteiligung von Frauen über 15 Jahren lag in Ghana 2025 bei 55 % und damit über dem weltweiten Durchschnitt (49 %), jedoch unter dem Subsahara-Afrikas (SSA; 65 %). Die Alphabetisierungsrate von Frauen über 15 Jahren lag 2021 bei 72 % (Durchschnitt SSA: 63 % und global: 85 %). Deutlich höher fiel hingegen die Alphabetisierungsrate junger Frauen zwischen 15 und 24 Jahren aus, die 2021 bereits 91 % erreichte. Dies deutet auf enorme Verbesserungen beim Bildungszugang jüngerer Generationen hin.

Gleichzeitig bestehen weiterhin strukturelle Nachteile vor allem hinsichtlich politischer Repräsentation. Im ghanaischen Parlament waren im Januar 2025 lediglich 40 der 275 Parlamentssitze (14,6 %) von Frauen besetzt. Auch im Kabinett zeigt sich eine geringe politische Repräsentation: Nur vier von 23 Ministerien waren von Frauen besetzt. Etwas besser gestaltet sich die Situation aber hinsichtlich wirtschaftlicher Führungspositionen: Der Anteil von Unternehmen mit weiblicher Geschäftsführung lag 2023 bei 19,8 %, was vergleichsweise hoch ist. Deutschland erreichte 2021 etwa nur einen Wert von 14,2 %.

Das Weltbankprogramm Women, Business and the Law (WBL) 2.0 bewertet neben den gesetzlichen Rahmenbedingungen auch deren Umsetzung sowie staatliche Unterstützungsstrukturen zur Gleichstellung von Frauen. Ghana erreicht bei den gesetzlichen Rahmenbedingungen 66,7 von 100 Punkten und liegt damit nahezu im globalen Durchschnitt. Auch die staatlichen Unterstützungsstrukturen schneiden mit 50,9 Punkten leicht über dem weltweiten Durchschnitt (47) ab. Bei der Umsetzung der Maßnahmen bleibt Ghana mit 50,5 Punkten jedoch leicht hinter dem globalen Durchschnitt (53) zurück. Insgesamt verfügt das Land demnach nur über rechtliche und institutionelle Grundlagen auf mittlerem Niveau und weist insb. bei der praktischen Umsetzung der Gleichstellung von Frauen weiterhin Defizite auf.

Schaubild 7

Geschätztes Einkommen pro Kopf nach Geschlecht (in 2021 PPP\$)



Quellen: Gender Development Index; [Specific country data](#) | [Human Development Reports](#)

Zusammenfassung Kriterium 8:

Ghana zählt mit einem Bruttonationaleinkommen pro Kopf von 2.310 US-Dollar zu den Ländern mit mittlerem Einkommen und weist im regionalen Vergleich ein moderates Entwicklungsniveau auf. Gleichzeitig bleibt die Wirtschaft stark von wenigen Rohstoffexporten abhängig und ist nur gering diversifiziert, wodurch sie anfällig gegenüber externen Schocks und schwankenden Weltmarktpreisen bleibt. Trotz eines soliden Wirtschaftswachstums belasten insbesondere auch die hohe Inflation und die hohe Auslandsverschuldung weiterhin die wirtschaftliche Entwicklung. Es durchlief bereits die HIPC-Initiative der Weltbank.

Auch im Bereich der sozialen Entwicklung bestehen trotz einzelner Fortschritte weiterhin erhebliche strukturelle Herausforderungen. Im Human Development Index wird Ghana mit einem Wert von 0,628 als Land mit „mittlerer menschlicher Entwicklung“ eingestuft. Zwar konnten insbesondere beim Bildungszugang jüngerer Generationen Verbesserungen erzielt werden, gleichzeitig bleiben Armut, Einkommensungleichheit und prekäre Beschäftigung

weit verbreitet. Die Ergebnisse des SDG-Index zeigen insbesondere in den Bereichen Gesundheit, Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung weiterhin deutliche Defizite auf. Die aktuell sehr geringen Militärausgaben (0,5 % des BIP) liegen aber deutlich unter den vergleichsweise soliden Investitionen in Bildung (2,9 %) und Gesundheit (3,7 %, je Stand 2022). Damit weist Ghana nur eine sehr schwache Militarisierung im Sinne des GMI (Rang 142) auf.

Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

Nach Einschätzungen der Weltbank gehörte Ghana 2024 mit einem Bruttonationaleinkommen pro Kopf von 2.310 US-Dollar (Atlas-Methode) zu den sogenannten „lower-middle income economies“. Mit 2,7 Mio. Sonderziehungsrechten (SDR) gehört Ghana zu den 15 größten Kreditnehmern des Internationalen Währungsfonds. Das Land durchlief bereits die Heavily Indebted Poor Countries (HIPC) Initiative und weist weiterhin eine hohe Auslandsverschuldung von 54,3 % des BIP (2023) auf. Ghana profitierte daher erneut von Unterstützungsmaßnahmen des IWF, nachdem das Land seine steigenden Verbindlichkeiten zunehmend schwer bedienen konnte.

Die ghanaische Wirtschaft hängt stark vom Export weniger Rohstoffe wie Gold, Erdöl und Kakao ab und ist damit anfällig für schwankende Weltmarktpreise. Die Wirtschaftsstruktur ist nur gering diversifiziert; entsprechend hoch ist der Anteil der Land- und Forstwirtschaft sowie der Fischerei am BIP (21 %, 2024). Auch im Economic Complexity Index (ECI) schnitt Ghana schwach ab und belegte 2024 Rang 124. Gegenüber dem Stand vor zehn Jahren verschlechterte sich das Land um 24 Plätze. Zwar diversifizierten sich die Exporte teilweise, jedoch vor allem in Produkte mit geringer wirtschaftlicher Komplexität und niedriger Wertschöpfung. Die begrenzte Diversifizierung schränkt damit die wirtschaftliche Resilienz ein.

Zwar verzeichnete Ghana im Jahr 2024 mit 5,6 % ein solides Wirtschaftswachstum, dieses bleibt jedoch anfällig gegenüber externen Schocks. So brach das Wachstum im Zuge der Covid-19-Pandemie im Jahr 2020 auf 0,5 % ein. Zusätzlich belastet die weiterhin hohe Inflation die wirtschaftliche Entwicklung erheblich. Nachdem die Verbraucherpreise 2023 um 38,1 % gestiegen waren, sank die Inflationsrate 2024 zwar auf 22,8 %, verbleibt damit jedoch auf einem weiterhin sehr hohem Niveau.

Soziale Entwicklung

Im Human Development Index wird Ghana als Land mit „mittlerer menschlicher Entwicklung“ eingestuft (HDI-Wert 0,628; Stand 2023) und belegt Rang 143 von 193. Ghanas Nachbarländer Côte d'Ivoire (Rang 157), Togo (Rang 161) und Burkina Faso (Rang 186) weisen teils deutlich niedrigere Werte auf und werden sämtlich der Gruppe der Länder mit „geringer menschlicher Entwicklung“ zugeordnet. Laut Daten der Weltbank erhielt Ghana im Jahr 2021 öffentliche Entwicklungsgelder in Höhe von 1,02 % des Bruttonationaleinkommens. Zum Vergleich: dieser Wert lag im Durchschnitt Subsahara-Afrikas bei 2,99 %.

Die Arbeitslosenquote belief sich im Jahr 2024 auf 2,8 %, während die Jugendarbeitslosigkeit mit 10 % hoch ausfiel. Die vergleichsweise niedrige offizielle Arbeitslosenquote ist jedoch vor dem Hintergrund des großen informellen Sektors zu relativieren. Schätzungen zufolge sind rund 80 % der Erwerbstätigen im informellen Sektor beschäftigt, der jedoch lediglich etwa 27 % zum BIP beiträgt. Dies verweist auf eine geringe Produktivität sowie weit verbreitete prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Die Alphabetisierungsrate der Bevölkerung über 15 Jahren lag 2021 bei 76 %, während sie unter Jugendlichen bereits 92 % erreichte. Dies deutet auf deutliche Fortschritte im Bildungszugang jüngerer Generationen hin.

In Bezug auf die Sustainable Development Goals (SDG) erreicht Ghana einen Umsetzungsgrad von knapp 63 % und belegt damit Rang 120 von 167, was einer Verbesserung um drei

Plätze im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Trotz einzelner Fortschritte bestehen weiterhin erhebliche Herausforderungen. In mehreren Bereichen – darunter SDG 3 (Good Health and Well-being), SDG 6 (Clean Water and Sanitation), SDG 7 (Affordable and Clean Energy), SDG 8 (Decent Work and Economic Growth) und SDG 13 (Climate Action) – wurden lediglich begrenzte Fortschritte erzielt, die zur Erreichung der Ziele bis 2030 voraussichtlich nicht ausreichen. Beim SDG 4 (Quality Education) wurden zuletzt sogar Rückschritte verzeichnet.

Im Hinblick auf SDG 1 (No Poverty) lebten 2025 weiterhin 16,9 % der Bevölkerung in absoluter Armut. Unter Zugrundelegung der Armutsgrenze von 3,00 US-Dollar pro Tag belief sich der Anteil der betroffenen Bevölkerung auf 39 % (Stand 2016), was auf eine weiterhin weit verbreitete materielle Unsicherheit hinweist. Der Gini-Koeffizient lag zuletzt bei 43,5 und deutet damit auf ausgeprägte Einkommensungleichheiten innerhalb der Bevölkerung hin. Getrieben durch steigende Nahrungsmittelpreise lag die Inflationsrate laut IMF 2024 bei 22,9 %, nachdem sie 2023 noch 38,1 % betragen hatte. Trotz des Rückgangs verbleibt die Inflation damit auf einem weiterhin sehr hohen Niveau und belastet die Kaufkraft großer Teile der Bevölkerung erheblich.

Im Bereich der Ernährungssicherheit (SDG 2) lag die Unterernährungsrate 2022 zwar vergleichsweise niedrig bei 6,2 %, gleichzeitig waren jedoch 17,4 % der Kinder unter fünf Jahren von Wachstumsverzögerungen betroffen, was auf fortbestehende strukturelle Defizite in der Versorgungslage hinweist. Auch im Gesundheitsbereich (SDG 3) bestehen weiterhin deutliche Probleme. Die Müttersterblichkeitsrate belief sich 2023 auf 234,3 Todesfälle je 100.000 Lebendgeburten. Zudem lag die Lebenserwartung 2023 bei lediglich 65,5 Jahren und entwickelte sich zuletzt rückläufig. Gleichzeitig wurden weiterhin 6,56 HIV-Neuinfektionen je 1.000 Personen registriert.

Die aktuell sehr geringen Militärausgaben (0,5 % des BIP) liegen deutlich unter den Investitionen in Bildung (2,9 %) und Gesundheit (3,7 %; je Stand 2022). Damit weist Ghana nur eine sehr schwache Militarisierung im Sinne des GMI (Rang 142) auf.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

bicc – Bonn International Centre for Conflict Studies gGmbH
Pfarrer-Byns-Straße 1
53121 Bonn, Germany

www.bicc.de

KONTAKT

Head of Advice & Science Transfer
elvan.isikozlu@bicc.de
+49 (0) 228 911 96-54

REDAKTION	Marc von Boemcken
LAYOUT	bicc
GRAFIK	Nele Kerndt

ERSCHEINUNGSDATUM Juni 2026

Dieser *bicc common position brief* wurde erstellt im Rahmen des Projekts „Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte“. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.



Sofern nicht anders angegeben, ist dieses Werk lizenziert unter:
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

